©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

MANFRED KITTEL

GENESIS EINER LEGENDE

Die Diskussion um die Stalin-Noten in der Bundesrepublik 1952–1958

Die publizistische und wissenschaftliche Diskussion um die Stalin-Noten von 1952 ist auch nach der Wiedervereinigung Deutschlands 1990 nicht verstummt. Vielmehr wird die Frage, ob es Stalin ernst meinte mit seinem Angebot an die Westmächte, die besetzten deutschen Teilstaaten wieder zu vereinigen, auch heute noch vor allem im Blick auf die Politik Konrad Adenauers gestellt, der die Note vom 10. März 1952 nicht einmal habe ausloten lassen[1].

Dieser unveränderte Problemfokus ist insofern erstaunlich, als die von Adenauer forcierte Westbindung der Bundesrepublik – entgegen allen Befürchtungen der deutschlandpolitischen Fundamentalopposition – keineswegs die Wiedervereinigung verhindert hat, sondern sie – wie nun oft eingeräumt wird – wohl sogar wesentlich mit ermöglichte[2]. Die seit Ende der fünfziger Jahre verstärkten Vorwürfe gegen Adenauers Deutschlandpolitik muten ohnehin merkwürdig an, wenn man sich anhand der Untersuchungen Gramls[3] und Kiefers[4] vergegenwärtigt, bei wie wenigen Westdeutschen der internationale Notenwechsel des Jahres 1952 den Eindruck hinterlassen hatte, es sei vom Westen eine Chance zur Wiedervereinigung vertan worden. Wie aber konnte dennoch der Slogan von den „verpaßten Gelegenheiten" entstehen, der sich doch zumindest als Frage „tief ins kollektive Unterbewußtsein einer ganzen Generation eingesenkt hat"[5]? Ist diese Legende[6], „1952 von der Sowjetunion ge-

[1] Vgl. den Artikel von Gottfried Niedhart in: Die Zeit vom 6. 3. 1992.

[2] Vgl. zu dieser Frage die instruktive Einleitung in: Rainer Zitelmann, Adenauers Gegner, Erlangen/Bonn/Wien 1991.

[3] Hermann Graml, Nationalstaat oder westdeutscher Teilstaat? Die sowjetischen Noten vom Jahre 1952 und die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik Deutschland, in: VfZ 25 (1977), S. 821–864.

[4] Markus Kiefer, Die Reaktion auf die Stalin-Noten in der zeitgenössischen deutschen Publizistik. Zur Widerlegung einer Legende, in: Deutschland-Archiv 22 (1989), S. 56 ff.

[5] Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Die Legende von der verpaßten Gelegenheit. Die Stalin-Note vom 10. März 1952, Stuttgart/Zürich 1982, S. 13.

[6] Die „verpaßten Gelegenheiten" für eine Legende zu halten, scheint uns im Anschluß an die Forschungsergebnisse – vgl. Graml, Die Legende von der verpaßten Gelegenheit. Zur sowjetischen Notenkampagne des Jahres 1952, in: VfZ 29 (1981), S. 307–341; sowie Peter März, Die Bundesrepublik zwischen Westintegration und Stalin-Noten. Zur deutschlandpolitischen Diskussion 1952 in der Bundesrepublik vor dem Hintergrund der westlichen und der sowjetischen Deutschlandpolitik,

Jahrgang 41 (1993), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zeugt"[7], wirklich durch jenes punktuelle Ereignis von 1956 „geboren" worden, als Paul Sethe sein Buch „Zwischen Bonn und Moskau" veröffentlichte? War das publizistische Echo des Setheschen Bändchens wirklich so stark, daß es diese These untermauern könnte? Erlebte die Legende in der berühmten Nachtdebatte des Deutschen Bundestages vom Januar 1958 – wie Graml meint – schon eine „Wiedergeburt" oder setzt die Legendenbildung nicht erst hier – unter den ins Negative gewandelten deutschlandpolitischen Rahmenbedingungen – in ihrer vollen Stärke ein?

I.

Nach Analyse der öffentlichen Meinung des Jahres 1952 wird man mit Graml gelten lassen dürfen, „daß die Politik Adenauers eine sehr breite Basis in der Bevölkerung besaß"[8], obschon die Motive der Zustimmung oder wenigstens der Tolerierung recht unterschiedlich waren. In der größeren und kleineren Provinzpresse, die „konstant die Auffassungen des Kanzlers" vertrat[9], beherrschte tiefes Mißtrauen gegenüber Sowjetrußland die Reaktion. Die Abneigung, sich durch ein bloßes Täuschungsmanöver von der sicheren Straße in die EVG und in die wirtschaftliche Westintegration weglokken zu lassen und durch eine Neutralisierung Deutschlands die Gefahr eines kommunistischen Putsches nach „Prager Rezept" heraufzubeschwören, führte freilich auch in Teilen der überregionalen Presse von Anfang an die Feder der Kommentatoren. Eine breite Akzeptanz der Adenauerschen Notenpolitik ergibt sich vor allem dann, wenn man zu den prinzipiellen publizistischen Befürwortern seines Westkurses noch jene Kräfte hinzuaddiert, die von einer möglichst raschen Rückkehr zur deutschen Großmachtpolitik zwar träumten, aber – in der Erkenntnis, „daß die Deutschen zur Wiederherstellung ihrer alten Position nicht allein in der Lage seien", sondern Verbündete benötigten – die EVG-Pläne unterstützten[10].

Sämtliche FDP-Bundesminister – der für das Justizressort zuständige Thomas Dehler eingeschlossen – lehnten das sowjetische Angebot als Störmanöver ab[11]. Lediglich vereinzelt und vor allem beim liberal-demokratischen Flügel, wo nach dem Krieg ohnehin eine „Wiedervereinigung hin zu neuen nationalen Formen"[12] jenseits des Bismarck-Reichs favorisiert wurde, sah man in der Note eine Chance, gesamtdeutsche Verhandlungen in Gang zu setzen. In der Bundespartei konnten sich jedoch die Positionen der südwestdeutschen Freidemokraten, vertreten in erster Linie durch den

Frankfurt/Bonn 1982 – plausibel zu sein, die den Alibi-Charakter der sowjetischen Initiativen überzeugend herausgearbeitet haben.

[7] Graml, Die Legende, S. 341.

[8] Graml, Nationalstaat, S. 849.

[9] Ebenda.

[10] Ebenda, S. 851.

[11] Sebastian J. Glatzeder, Die Deutschlandpolitik der FDP in der Ära Adenauer: Konzeptionen in Entstehung und Praxis, Baden-Baden 1980, S. 57.

[12] März, Stalin-Noten, S. 253.

Jahrgang 41 (1993), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ministerpräsidenten der baden-württembergischen SPD/FDP-Koalition, Reinhold Maier, und den Bundestagsabgeordneten Karl Georg Pfleiderer, nicht durchsetzen. Ein Dilemma kennzeichnete auch die Haltung der Sozialdemokratie, die sich zwar aus Furcht vor einem kapitalistisch bestimmten Westeuropa gerade mit der Neutralisierungsidee anzufreunden begann, an der Reihenfolge der in Deutschland zu schaffenden Tatsachen indes „unverrückbar" festhielt und noch im August darauf bestand, „daß Tatsache Nummer 1 die Schaffung der Voraussetzungen für freie Wahlen zu sein habe"[13].

Und selbst Paul Sethe war während des Notenwechsels „skeptischer, schwankender und Adenauer in manchen Punkten näher, als es ihm später in der Erinnerung erschien"[14]. Auf welch dünnem Boden sich jede konzeptionsimmanente, ebenfalls an dem Ziel eines garantiert freiheitlich-demokratischen Gesamtdeutschlands orientierte Kritik der Politik Adenauers bewegte, demonstrierte nämlich kaum ein anderer so eindrucksvoll wie der FAZ-Redakteur. Sethe forderte ein wiedervereinigtes Deutschland, an einer europäischen Armee beteiligt (um die Furcht Frankreichs vor einer deutschen Nationalarmee zu zerstreuen), das aber wiederum militärisch nicht übermäßig stark sein sollte (um die Sowjetunion überhaupt für den Vorschlag gewinnen zu können)[15]. Im Grunde wollte er also „eine damals wirklich nicht erreichbare Verbindung von westlichem Bündnis und Neutralisierung"[16].

Der Zwang, es allen recht machen zu müssen, kam unter dem Vorzeichen der unvereinbaren Ansprüche der Gegner im Kalten Krieg letztlich dem verzweifelten Versuch gleich, einen Ausweg aus der Quadratur des Kreises herbeizukonstruieren. Die einzige, in sich logische Alternative hatte denn auch ein Herunterspielen des Ost-West-Konflikts zur Voraussetzung. Dieser gleichfalls nicht unproblematischen Methode bediente sich Gustav Heinemann, seit November 1951 Vorsitzender einer „Notgemeinschaft für den Frieden Europas", die er nach seinem Ausscheiden aus dem Kabinett Adenauers gegründet hatte. Die Notgemeinschaft bot verschiedensten Neutralisten aus evangelischen Kreisen, linkskatholischen Sozialreformern, „versprengten Bürgerlichen", ehemaligen Weltkriegsteilnehmern und völkisch-nationalen Relikten eine organisatorische Plattform[17].

Dabei frappierte, wie rasch Heinemann die Stalin-Note für bare Münze nahm, ohne ihren Inhalt einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Ebenso bezeichnend für seine Vertrauensseligkeit in eine – doch im selben Gedankengang als totalitär bezeichnete – UdSSR war der Optimismus bezüglich freier Wahlen. Würde der Westen nur auf die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik verzichten, so mußte sich – das war Heine-

[13] Vgl. Graml, Nationalstaat, S. 859 f., sowie März, Stalin-Noten, S. 260 ff.
[14] Graml, Nationalstaat, S. 859.
[15] Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 3. 4. 1952.
[16] März, Stalin-Noten, S. 388.
[17] Peter Molt, Die neutralistische Opposition. Bedingungen und Voraussetzungen der neutralistischen Opposition in der Bundesrepublik und vor allem der Gesamtdeutschen Volkspartei 1949–1954, Heidelberg 1955, S. 67.

Jahrgang 41 (1993), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

manns feste Überzeugung – „das totalitäre System des Ostens" im Gegenzug freien Wahlen stellen[18]. Mit dieser Ansicht stand Heinemann aber gegen den breiten Strom der veröffentlichten Meinung, die den Kurs des Kanzlers akzeptierte oder ihn zumindest doch tolerierte bzw. in Ermangelung eines Gegenkonzepts nolens volens hinnehmen mußte.

Auch innerhalb der Kirchen regte sich nur wenig Widerstand. Einen u. a. von Heinemann unterstützten Antrag, „angesichts der sowjetischen Initiative in der Deutschlandfrage aktiv zu werden"[19], lehnte der Rat der EKD ab, und aus der katholischen Kirche kam sogar immer wieder öffentliche Zustimmung zum Kurs des Kanzlers. Die Opposition gegen die Regierungspolitik reduzierte sich somit streng genommen auf den Kern der neutralistischen Gruppen um Heinemann, dem vorbehaltlose publizistische Schützenhilfe eigentlich nur durch den ‚Spiegel' und einige regionale Tageszeitungen zuteil wurde[20].

Eine Ironie der Geschichte will es, daß bei den Aktionen gegen die Notgemeinschaft ausgerechnet die an der späteren Legendenbildung maßgeblich beteiligte „FDP (...) (im Verein mit dem ‚Stoßtrupp gegen bolschewistische Zersetzung' und dem ‚Bund deutscher Jugend') voran" ging[21]. Die „Notgemeinschaft (...) der Niemöller – Heinemann – Wessel", so hieß es in einem Flugblatt der Freien Demokraten, „besorgt die Geschäfte der Todfeinde von Freiheit und Demokratie", weil sie „von östlicher Friedensliebe redet und darüber den ‚Unpolitischen' ... die Augen vor den gewaltigsten Rüstungsanstrengungen der Welt zu verschließen versucht"[22]. Dementsprechend enthielt sich die FDP bei der anstehenden Bundestagsdebatte über die Stalin-Noten jeder substantiellen Kritik am Kurs Adenauers, sondern warnte eindringlich davor, „auf einen sowjetischen Pfiff hin die Politik aufzugeben, die zu der jetzigen Situation geführt hat"[23]. Überhaupt wird man die „kärgliche parlamentarische Behandlung des sowjetischen Schritts"[24] – in einer einzigen Sitzung beschäftigte sich das Hohe Haus ausschließlich mit dem Angebot Stalins – als bezeichnend für die gesamte Reaktion der westdeutschen Öffentlichkeit ansprechen dürfen.

II.

Risse in dem auf westliche Einheit gegründeten Fundament Adenauerscher Außenpolitik zeigten sich bald nach Stalins Tod mit der Rede, die der britische Premierminister Winston Churchill am 11. Mai 1953 vor dem Unterhaus hielt[25]. Anknüpfend an die

[18] FAZ vom 13. 3. 1952.
[19] Diether Koch, Heinemann und die Deutschlandfrage, München 1972, S. 321.
[20] Ebenda, S. 325, bes. Anm. 99.
[21] Ebenda, S. 326.
[22] Ebenda.
[23] Graml, Nationalstaat, S. 861.
[24] Ebenda.
[25] Vgl. Konrad Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, Stuttgart 1965, S. 204 f. und S. 210 ff. sowie Archiv der Gegenwart (AdG) 23 (1953), S. 3992.

Jahrgang 41 (1993), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Reihe freundlicher Gesten der neuen sowjetischen Regierung distanzierte sich der britische Regierungschef von einer „Politik des Alles oder Nichts", plädierte für eine Konferenz der „Großen Drei" im Stile von Jalta und Potsdam und warf die Idee einer Art neuen Locarno-Vertrages für Mitteleuropa unter Berücksichtigung des sowjetischen Sicherheitsinteresses in die Debatte.

Erstmals tauchten nun in der deutschlandpolitischen Argumentation – bereits nach einem guten Jahr in der Erinnerung leicht verklärt – die Stalin-Noten vom Frühjahr 1952 wieder auf. Nachdem der Westen das sowjetische Angebot, „nämlich Freigabe der Sowjetzone gegen eine wie immer geartete Neutralisierung Deutschlands als Verhandlungsgrundlage abgelehnt" hätte, wäre es Aufgabe der westlichen Staatsmänner, „eine andere bessere Formel zu finden". Denn die Bedingung, „der Kreml solle sich mit einer Einbeziehung Mittel- und Ostdeutschlands in das westliche Verteidigungssystem a priori einverstanden erklären", böte – so die ‚Süddeutsche Zeitung' – keine realistische Chance zu einer Lösung der deutschen Frage[26].

Die Sowjetunion hatte nach dieser Lesart der Dinge ihr deutschlandpolitisches Soll vermittels der Stalin-Noten fürs erste erfüllt und ihre prinzipielle Bereitschaft zur Wiedervereinigung signalisiert, während man im Westen gewissermaßen den Geist, der die Wiedervereinigung stets verneint, am Werke wähnte. Paul Sethe bezeichnete die Märznote – und nicht Stalins Tod – als die „entscheidende Wandlung in der russischen Diplomatie", da sich Rußland damals bereit erklärt habe, „unter gewissen Bedingungen (...) einen Teil seiner Eroberungen, nämlich Mitteldeutschland, wieder herauszugeben"[27]. Freilich kennzeichnet es das Meinungsklima des Frühjahrs 1953, daß selbst Paul Sethe, unmittelbar nach der Churchill-Rede noch „Zwischen Furcht und Hoffnung"[28] schwankend, die neuerliche sowjetische Ablehnung eines Gesprächs über den österreichischen Friedensvertrag als einen „Schritt zurück"[29] empfand und zu der Erkenntnis gelangte, die Geschehnisse seit Malenkows Amtsantritt bedeuten „nichts als eine sanftere Tonart".

Der Volksaufstand in der DDR sollte diese Skepsis mehr als bestätigen. In der „moralischen Vernichtung" des SED-Regimes durch die „Revolution"[30] des 17. Juni 1953 sah man aber auch allgemein den Beweis, daß die Einheit Deutschlands eine „historische Notwendigkeit" sei und demzufolge „die wichtigste Etappe in der weiteren (welt)politischen Entwicklung" sein müsse[31]. Wie breit der Konsens hinsichtlich der durch den 17. Juni entstandenen neuen Möglichkeiten zur Wiedervereinigung fürs erste war, verdeutlichte schon eine Forderung wie die des sonstigen deutschlandpolitischen Gegenspielers Sethes in der FAZ-Redaktion, Hans Baumgarten: „Jetzt heißt es handeln."[32]

---

[26] SZ vom 15. 5. 1953.
[27] FAZ vom 29. 5. 1953.
[28] Ebenda.
[29] FAZ vom 13. 5. 1953.
[30] Die Zeit vom 25. 6. 1953.
[31] Ebenda.
[32] FAZ vom 22. 6. 1953.

Jahrgang 41 (1993), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der ohnehin kräftige Antikommunismus der Deutschen erhielt nun so viel neue Nahrung, daß die nach dem 17. Juni doch wohl naheliegende Frage nach der Glaubwürdigkeit der amerikanischen „roll-back"-Politik überhaupt nicht erst aufkommen konnte. Anders ist die Festigung der Stellung Adenauers durch den Juni-Aufstand kaum zu erklären. Klage, wie sie später, nach dem 13. August 1961, über die Passivität der Westmächte zu hören war, wurde in der Konstellation des Sommers 1953 also nicht geführt[33]. Schien die Position der Sowjets nicht bereits erheblich geschwächt, und mußte der Westen nicht ganz einfach noch stärker werden, damit ihm die Wiedervereinigung wie eine reife Frucht in den Schoß fiel? Gegen diese in der Öffentlichkeit verbreitete Grundstimmung vermochte die kleine Gruppe der deutschlandpolitischen Fundamentalopposition nicht aufzukommen[34]. Der russischen Seite zugute zu halten, wie Heinemann dies tat, daß sie „in dem Einsatz ihrer militärischen Machtmittel Gottseidank nicht so weit ging, als man angesichts der (...) drastischen Attacken der Volksmassen befürchten mußte"[35], war angesichts der allgemeinen Empörung über die kommunistischen Diktatoren und die Opfer unter der mitteldeutschen Bevölkerung nachgerade politischer Selbstmord[36].

III.

Ob die Legende von den verpaßten Gelegenheiten, an der 1952 bis 1954 vornehmlich Heinemann und nur mit Einschränkungen Sethe und Augstein woben, schon ins Bewußtsein einer breiteren Öffentlichkeit vorgedrungen war, sollte sich in der ersten Hälfte des Jahres 1955 erweisen. Denn die deutschlandpolitische Diskussion dieser Monate hat die Grundsatzpositionen und -argumentationen der journalistischen und politischen Akteure in der Bundesrepublik noch einmal wie in einem Brennspiegel zusammengefaßt und bedeutete eine in manchem mit der Konstellation von 1952/53 vergleichbare nationale Entscheidungssituation.

War Moskau schon vor der Unterzeichnung des Deutschland- und EVG-Vertrags im Frühjahr 1952 propagandistisch initiativ geworden, so nutzte die Sowjetregierung nun die Wochen vor der Ratifizierung der Pariser Verträge durch den Bundestag, um erneut mit der Wiedervereinigung zu winken und die Westintegration in letzter Minute ins Wanken zu bringen. In einer TASS-Erklärung deutete sie am 15. Januar 1955 vage die Bereitschaft an, freie gesamtdeutsche Wahlen international kontrollieren zu

[33] Entgegen einer These Wilfried Loths, Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941–1955, München 1980, S. 302, wonach die „westliche Untätigkeit" am 17. Juni die Glaubwürdigkeit der Politik der Befreiung erschüttert habe.

[34] Dies gilt auch für „Jens Daniel", der trotz des 17. Juni eine Fortsetzung der Malenkowschen ‚Friedensoffensive' für möglich hielt und erneut der „verbissenen, starrlinigen Integrationspolitik" Adenauers sowie der amerikanischen Deutschlandpolitik Schuld am Ausbleiben der Wiedervereinigung gab. In: Der Spiegel vom 24. 6. 1953.

[35] Koch, Heinemann, S. 405.

[36] Vgl. die Kritik am „Genossen Heinemann", in: Die Zeit vom 3. 9. 1953.

Jahrgang 41 (1993), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lassen und die Beziehungen zu Bonn – neben den bestehenden guten Beziehungen zur DDR – zu normalisieren. In Anlehnung an die Diktion der noch embryonalen Stalin-Noten-Legende sprach die Sowjetunion von „ungenutzten Möglichkeiten zur Wiedervereinigung" und bot Verhandlungen über die Wiederherstellung Deutschlands „als Großmacht" an[37], wenn nur die Ratifikation der Verträge ausgesetzt würde. Zehn Tage später erklärte Moskau den Kriegszustand zwischen der UdSSR und Deutschland für beendet und goß damit noch mehr Öl ins Feuer der nationalen Leidenschaften.

Wie hoch diese aber zu Beginn des Jahres 1955 wirklich loderten, ist strittig[38]. Im wesentlichen hatten die Avancen des Kreml nur einige der bekannten Gegner Adenauers auf den Plan gerufen, wenngleich sich diese Opposition nun in Form der „Paulskirchenbewegung" schärfer konturierte. Erstmals kam es zu einem Aktionsbündnis zwischen linksintellektuellen Kreisen des Protestantismus um Heinemann, Niemöller und Gollwitzer, Teilen der Gewerkschaften und der deutschen Sozialdemokratie, die sich freilich nur „halbherzig", unter dem Druck ihres pazifistischen Flügels, darauf einließ[39]. In einem ‚Deutschen Manifest' postulierte die „Paulskirche" den Vorrang einer Viermächte-Vereinbarung zur Wiedervereinigung vor der militärischen Blockbildung, ohne jedoch mit ihrer geplanten Volksbewegung für die Einheit Deutschlands und gegen die Wiederaufrüstung auf eine größere Resonanz in der breiten Bevölkerung zu stoßen.

Ein Spiegelbild dessen bot die Reaktion der westdeutschen Presse. Sie zeigte sich von den „ungenutzten Möglichkeiten" zur Wiedervereinigung weitgehend unbeeindruckt, erkannte zwar „mehr Honig im Moskauer Leim", warnte aber nachdrücklich vor einer Preisgabe der Pariser Verträge[40]. Daß es jetzt zu spät wäre, den Richtung Westintegration fahrenden Zug noch aufzuhalten, schien auch das Ergebnis der Überlegungen zu sein, zu denen Paul Sethe in diesen Wochen kam. Weil 1952 „nicht verhandelt worden" sei, bewege sich „die russische Politik (seitdem) immer mehr (...) auf einen anderen Ausgleich mit dem Westen" zu[41]. Voller Verbitterung kommentierte Sethe britische und niederländische Stimmen über das vermeintliche „Glück" der deutschen Teilung und das – nur den Frieden störende – Streben der Deutschen nach Wiedervereinigung mit den Worten: „Wir stehen allein."[42] Im übrigen sah Sethe nicht nur „die Nation (...) vor schweren Rätseln", sondern wohl auch sich selbst, weshalb er bemerkenswert zurückhaltend agierte und sich skeptisch in die Reihen „all der Millio-

[37] Vgl. Andreas Hillgruber, Deutsche Geschichte 1945–1972. Die ‚deutsche Frage' in der Weltpolitik, Stuttgart 1974, S. 67.

[38] Während Koch, Heinemann, S. 443, die Opposition gegen Adenauer als „kräftiger und umfassender als in den Jahren vorher" bezeichnet, betont Hans-Peter Schwarz, Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949–1957, Stuttgart/Wiesbaden 1981, S. 260f., wie bescheiden die Wirkung der Paulskirchenbewegung geblieben sei.

[39] Schwarz, Gründerjahre, S. 260.

[40] Die Zeit vom 20. 1. 1955.

[41] FAZ vom 5. 1. 1955.

[42] FAZ vom 15. 1. 1955. Vgl. hierzu auch Stimme der Gemeinde (SdG) vom 1. 2. 1955.

Jahrgang 41 (1993), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nen" einordnete, die nach dem Abschluß der Militärbündnisse auf die „Erfüllung" ihrer Wiedervereinigungshoffnungen warteten[43].

Fundamentale Kritik an der Deutschlandpolitik Adenauers, zumal unter Hinweis auf deren Versäumnisse von 1952, kam, von den Kommunisten abgesehen, einmal mehr lediglich aus dem Lager Heinemanns. In welchem Maße dabei der nationale Wunsch manchmal zum Vater des deutschlandpolitischen Gedankens wurde, dokumentierte ein Aufsatz in der ‚Gesamtdeutschen Rundschau', dem Organ der GVP, in dem es hieß, die Sowjetunion habe Deutschland 1952 „eine eigene und unbeschränkte Regierungsgewalt im Innern und Handlungsfreiheit nach außen" gewähren wollen und diesen Vorschlag für die Wiedervereinigung „bis heute uneingeschränkt aufrechterhalten"[44].

Überhaupt schien die nationalpolitische Unruhe im deutschen Protestantismus am größten[45]. Das ‚Sonntagsblatt' des Hamburger Bischofs Hanns Lilje – nicht gerade im Rufe eines radikalen Adenauer-Kritikers stehend – fand es wichtig, „die sowjetischen Absichten diesmal besser als im Jahre 1952 (...) zu erkunden"[46]. Für ‚Christ und Welt' war diese Stimmung im Protestantismus Grund genug, im Blick auf eine ungewisse Zukunft schon deutschlandpolitische Dämme zu errichten. Den hochgespannten Wiedervereinigungshoffnungen, die die Regierungssprecher „unter dem Druck der Opposition" im Bundestag erweckt hätten, setzte das Blatt – in Sorge um die langfristige politische Orientierung seiner Klientel – „die bittere Realität" entgegen, daß „keine Anzeichen für ein Moskauer Ja zur Wiedervereinigung in Freiheit" vorhanden seien[47].

Aufs Ganze gesehen verlief die Ratifizierungsdiskussion jedoch weniger dramatisch als 1952. Der Widerstand der SPD war noch gemäßigter als früher, ihr kurzer Ausflug in die Gefilde der außerparlamentarischen Paulskirchen-Opposition blieb Episode, da sich die SPD-Abgeordneten rasch für die Rückkehr in den Bundestag entschieden und auch dem DGB von einem politischen Generalstreik gegen die Verträge abrieten[48]. Infolgedessen brachte Adenauer die Pariser Verträge mit einer komfortablen Mehrheit von 324 zu 151 Stimmen durch das Parlament. Erheblich mehr Verdruß bereitete ihm schon die Ratifizierung des Saar-Statuts – mit 264 gegen 201 Stimmen der SPD und FDP –, weil dabei tiefe Risse zwischen der Union und ihrem, zunehmend national auftretenden Koalitionspartner FDP zutage traten.

---

[43] FAZ vom 5. 1. 1955. Ähnlich sorgenvoll blickte der Spiegel in die Zukunft, ohne allerdings den Eindruck zu vermitteln, als gebe es derzeit eine echte Chance zur Wiedervereinigung; taktische Überlegungen schienen das Blatt vielmehr zu leiten, wenn es forderte, Molotow könne und solle „gezwungen werden (...), das Wasser auszukippen, das er sorgsam aufbereitet, seine Hände in Unschuld zu waschen". In: Der Spiegel vom 26. 1. 1955.

[44] Konsul Dr. Erwin Respondek in der Gesamtdeutschen Rundschau (GR) vom 18. 2. 1955.

[45] Dementsprechend heftig fiel die Kritik des evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU an der Paulskirchenbewegung aus, die als Symptom für eine offene Krise in der evangelischen Kirche bezeichnet wurde. Vgl. Koch, Heinemann, S. 488.

[46] Sonntagsblatt vom 6. 2. 1955.

[47] CuW vom 3. 3. 1955.

[48] Koch, Heinemann, S. 448.

Jahrgang 41 (1993), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

IV.

Mit der deutschlandpolitischen Entfremdung zwischen CDU/CSU und FDP beginnt ein zentrales Kapitel in der Entstehungsgeschichte der Stalin-Noten-Legende. Schon Anfang Dezember 1954 schrieb Thomas Dehler an Heinemann: „Ich bin mit Ihnen der Meinung, daß die Chance, die in der Note vom 10. März lag, nicht genützt worden ist."[49] Dehler, 1952 ein leidenschaftlicher Vertreter der Regierungspolitik und ein offener Bewunderer des „einzigen, wirklichen großen Staatsmannes" Adenauer[50], hatte nach den Bundestagswahlen von 1953 nicht wieder Bundesjustizminister werden können, da sich seine Parteifreunde Theodor Heuss und der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes Höpker-Aschoff dagegen zur Wehr setzten. Als Adenauer, der Dehler eigentlich wieder in sein Kabinett hatte berufen wollen, der Widerstände innewurde, die aus der Partei des Freien Demokraten selbst, aber auch aus Kreisen der Gewerkschaften kamen, ließ er ihn fallen. Diese Behandlung kränkte Dehler tief und „machte in der Folge aus dem glühenden Bewunderer Adenauerscher Außenpolitik einen tief enttäuschten, verbitterten Gegner"[51].

Daß die FDP den Justizminister a. D. Dehler mit dem Vorsitz der Bundestagsfraktion, und im Frühjahr 1954 auch dem der Bundespartei, zu entschädigen suchte, war indes mehr als ein Trostpflaster, hatte darüber hinaus eine strategische Funktion: Nach dem enttäuschenden Ausgang der Bundestagswahl 1953, die die FDP im großen Schatten Adenauers hatte führen – und verlieren – müssen (Stimmenrückgang von 11,9 % anno 1949 auf 9,5 % anno 1953), sollte nun Thomas Dehler der Partei „insbesondere auf dem Gebiet der Außen- und Deutschlandpolitik ein neues Profil (...) geben"[52] und für den nötigen, wählerwirksamen Abstand zum Kurs der Union sorgen. Dehlers Wahl war zudem das Ergebnis eines Kompromisses im Richtungskampf zwischen den „extrem liberal eingestellten Kräften"[53] des deutschen Südwestens und der Hansestädte und den eher deutschnational gesinnten Landesverbänden Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Dehler schien beide Strömungen der FDP integrieren zu können. Als Liberaler aus dem traditionell reichstreuen Franken war er auch dem eher deutschnationalen Lager vermittelbar. Seine Wahl zum Bundesvorsitzenden erledigte indes die Gegensätze nicht, „sondern sammelte sie in der Zentrale der FDP, in der Brust dieses einen Mannes, von dem sie in die Partei zurückstrahlten. Dort der europäische Enthusiast Dehler, hier der stramm nationale Protestant in Sachen Saar."[54]

---

[49] Ebenda, S. 444.

[50] Vgl. Erich Mende, Die FDP. Daten – Fakten – Hintergründe, Stuttgart 1972, S. 86.

[51] Schwarz, Gründerjahre, S. 177.

[52] Glatzeder, Deutschlandpolitik der FDP, S. 76; vgl. auch Jörg Michael Gutscher, Die Entwicklung der FDP von ihren Anfängen bis 1961, Meisenheim am Glan 1967, S. 168.

[53] So sah sie jedenfalls Konrad Adenauer, in: Erinnerungen 1955–1959, Stuttgart 1967, S. 65.

[54] Welt am Sonntag vom 4. 12. 1955; anders als die Zeitung vermutete, gehörte Dehler der katholischen Konfession an.

Jahrgang 41 (1993), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Zuspitzung der Saar-Frage nach der Unterzeichnung der Pariser Verträge kam für die FDP wie gerufen. Das im Saar-Statut vorgesehene Verbot jeder von außen kommenden Hilfe für politische Parteien und Vereinigungen an der Saar[55] eignete sich vorzüglich, um der nationalistischen Empörung über die französische – und Adenauersche – Saar-Politik die Entrüstung der liberalen Demokraten hinzuzufügen und dadurch die divergierenden Strömungen in der FDP wenigstens zeitweise wieder zusammenzuführen. Nun wurde offensichtlich, daß die Wahl Dehlers zum Bundesvorsitzenden die „Institutionalisierung eines permanenten Konflikts mit der CDU/CSU"[56] bedeutete. Der ‚Rheinische Merkur' irrte, wenn er Dehler während der Saar-Debatte „urplötzlich" von „nationalistischen Furien" getrieben sah, denn die „Eruption"[57] des FDP-Chefs hatte zweifelsohne Methode. Dehlers „Nein" zum Saar-Statut, das – wie er befürchtete – ein „zweites Luxemburg"[58] aus diesem Teil Deutschlands machte, trug bereits eine deutliche persönliche Spitze gegen die „einsamen" außenpolitischen Entschlüsse des Bundeskanzlers[59]. Auch in der wiedervereinigungspolitischen Diskussion des beginnenden Jahres 1955 erweckte die FDP zunehmend den Anschein, sich Rückzugspositionen aus der noch gemeinsamen Linie offenhalten zu wollen. Landesvorsitzende von beiden FDP-Flügeln sahen in den Moskauer Januar-Vorschlägen eine „einmalige Chance"[60], und Thomas Dehler bezeichnete die Stalin-Noten immer mahnender als eine „nicht genützte" Möglichkeit, um schließlich dann doch wieder für die Westverträge einzutreten, weil „die Weltgeschichte" 1954 eben anders aussehe als 1952[61].

V.

Schon bald nach der endgültigen Ratifizierung der Westverträge[62] – und noch vor ihrem Inkrafttreten am 5. Mai 1955 – setzte Tauwetter in den lange so frostigen Ost-West-Beziehungen ein. Es schien, als hätten die Großmächte nur darauf gewartet, bis mit der Ratifizierung vollendete Tatsachen geschaffen waren. Am Horizont tauchte nun die Möglichkeit einer Gipfelkonferenz der vier Siegermächte auf[63], und endlich gab die Sowjetregierung auch zu verstehen, daß sie um den Preis einer dauernden Neutralisierung Österreichs ihre Besatzungstruppen aus dem Osten des Landes abziehen würde. Da ein sowjetisches Einlenken in der Österreich-Frage gerade von den Anhän-

[55] Näheres hierzu bei Schwarz, Gründerjahre, S. 254f. und S. 261.
[56] Vgl. Glatzeder, Deutschlandpolitik der FDP, S. 67.
[57] RM vom 4.3. 1955.
[58] FAZ vom 28. 2. 1955.
[59] GR vom 4. 3. 1955.
[60] RM vom 28. 1. 1955.
[61] Koch, Heinemann, S. 444, Anm. 33.
[62] Am 27. 3. 1955 hatten sie mit der Zustimmung des französischen Rates der Republik die letzten Hürden genommen.
[63] Vgl. Loth, Teilung der Welt, S. 330.

Jahrgang 41 (1993), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gern der Politik Adenauers immer als ein Prüfstein für den guten Willen der UdSSR genannt worden war, mußte dieser Vorgang auch die westdeutsche Bevölkerung stark beeindrucken.

Die ‚Neue Zürcher Zeitung' notierte besorgt einen bevorstehenden Wechsel im Klima der öffentlichen Diskussion in der Bundesrepublik. Diese werde vermittels der sowjetisch-österreichischen Vereinbarungen „mit dem Begriff der Neutralität vertraut" gemacht, so daß Österreich „in Zukunft ein Beispiel" bilde[64]. „Zum ersten Mal", so empfand es jedenfalls die ‚Süddeutsche Zeitung', „begegnet Adenauer Unglauben". Jeder spüre, daß sich die Politik der Stärke, die Westunion und die deutsche Einheit nicht zusammenreimen ließen[65] und daß Bündnislosigkeit nicht unter allen Umständen so viel wie Schaukelpolitik bedeuten müsse[66].

Mal positiv, mal negativ konnotiert, geisterte die Idee der Bündnislosigkeit in den folgenden Wochen durch den deutschen Blätterwald. Die Wiedervereinigung Deutschlands mit dessen Neutralität zu bezahlen, wurde nach wie vor abgelehnt. Jedoch setzte eine Tendenz ein, im Gefolge der Österreich-Lösung zwischen Neutralisierung und Bündnislosigkeit zu unterscheiden und in letzterer zunehmend „Trümpfe für eine dritte Lösung" zu sehen[67]. Die FDP kam der verbreiteten Stimmung entgegen, ja heizte sie weiter an, indem Dehler ein neues außenpolitisches Programm seiner Partei als „dritte Lösung" zwischen der sozialdemokratischen Neutralisierungskonzeption und der CDU/CSU-Politik der „einseitigen Westbindung"[68] ankündigte. „Die Sonne Österreichs"[69] fiel auf Europa, und halb Deutschland schien auf der Suche nach dritten Wegen[70]; denn die zeitliche Parallelität zwischen der Wiedervereinigung Österreichs und der Fixierung der bundesdeutschen Westbindung durch die Pariser Verträge brachte den Deutschen die Teilung des Vaterlandes um so schmerzlicher zu Bewußtsein.

Der Jubel über die „neue Teilfreiheit"[71] hielt sich nach dem Inkrafttreten der Westverträge am 5. Mai 1955 folglich in Grenzen. „Bonn ist souverän – Deutschland bleibt gespalten", hieß es etwa in der Vertriebenenpresse. Um die Ernsthaftigkeit einer „bündnisfreien" Lösung für Deutschland zu dokumentieren, berief sich die ‚Sudetendeutsche Zeitung' ähnlich wie das ‚Sonntagsblatt' auf eine Äußerung Eugen Gerstenmaiers. Dieser führende Repräsentant der Evangelischen in der Union und Präsident des Deutschen Bundestages hatte zwischen Neutralisierung und Bündnislosigkeit differenziert und die Bündnislosigkeit für diskutabel erklärt[72]. Adenauer hingegen distanzierte sich „in schärfster Weise" von dritten Lösungen, bei denen die Bündnislosigkeit ein wich-

[64] Neue Zürcher Zeitung vom 22. 4. 1955; zit. nach AdG 25 (1955), S. 5127.
[65] SZ vom 27. 4. 1955.
[66] Ebenda.
[67] Sonntagsblatt vom 1. 5. 1955.
[68] Glatzeder, Deutschlandpolitik der FDP, S. 70.
[69] Sudetendeutsche Zeitung (SudZ) vom 14. 5. 1955.
[70] Vgl. auch FAZ vom 25. 4. 1955.
[71] SudZ vom 7. 5. 1955.
[72] Ebenda.

Jahrgang 41 (1993), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tiger Bestandteil sein sollte[73]. Bündnislosigkeit, Neutralisierung und Abdriften in die sowjetrussische Einflußsphäre waren für ihn synonym.

Nimmt man zu der aufkeimenden Skepsis in den Reihen der FDP, der Vertriebenen und des Protestantismus den verstärkten Eifer hinzu, mit dem die alten Kontrahenten des Adenauer-Kurses jetzt ans Werk gingen, so markieren Österreich und die Folgen den Beginn einer durchaus relevanten Verschiebung des deutschlandpolitischen Kräfteparallelogramms in der Bundesrepublik. „Wir werden erkennen müssen", meldete sich der ‚Spiegel' zu Wort, „daß wir nicht beides haben können, nicht das amerikanische Bündnis und die Wiedervereinigung zugleich, sondern, bestenfalls, entweder das eine oder das andere"[74].

Daß die Russen die freien Wahlen gar nicht wollen, schien nun auch Sethe als ein „Schlagwort" entlarvt, dessen „stetige Wiederholung" man sich hätte sparen können, weil „die Deutschen die russische Bedingung, nämlich den Verzicht auf die amerikanische Militärallianz", eben auch nicht akzeptierten[75]. Der Bundesrepublikaner, begründete Sethe den Triumph Adenauers und der CDU bei den mitten in dieser Debatte stattfindenden niedersächsischen Landtagswahlen, fühle sich geborgen „unter den Fittichen des amerikanischen Adlers"[76] und wolle im Gegensatz zum Österreicher keine Neutralität.

VI.

Für eine weitere Bestandsaufnahme der Legende von den verpaßten Gelegenheiten eignet sich die Station zwischen der Bonner Souveränitätserklärung (6. 5. 1955) und der Genfer Gipfelkonferenz der Siegermächte Ende Juli 1955. Denn das in Genf aufgeschlagene neue Kapitel in den Ost-West-Beziehungen sollte auch Folgen für die Deutschland- und Außenpolitik der Bundesrepublik zeitigen, wie sie in den Wochen vorher allenfalls erahnt werden konnten, über die man sich freilich ebenso noch hinwegzutäuschen vermochte, weil der unerwartete sowjetische Vorschlag zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Moskau vom 7. Juni 1955 – verbunden mit einer Einladung Adenauers in die UdSSR[77] – noch einmal als „großer Erfolg des Kanzlers" gewertet werden konnte[78]. Hatte sich die Prophezeiung Adenauers nicht bewahrheitet, daß es gerade nach der Westintegration Chancen für ernsthafte Gespräche mit dem Kreml geben werde[79]? An kritischen Tönen aus den vordersten Reihen der Anti-Adenauer-Fronde fehlte es dennoch nicht, wobei die zunehmende Verzweiflung

[73] Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 68.
[74] Der Spiegel vom 27. 4. 1955.
[75] FAZ vom 2. 5. 1955.
[76] FAZ vom 26. 4. 1955.
[77] Vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, III. Reihe, Band 1, 1955, Bonn/Berlin 1961, S. 76 ff. (künftig: Dokumente).
[78] Sonntagsblatt vom 19. 6. 1955.
[79] So Hans Baumgarten in der FAZ vom 10. 6. 1955.

Jahrgang 41 (1993), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Paul Sethes hierbei besonders ins Gewicht fiel. Sethe fürchtete, daß „eines Tages ein westdeutscher Botschafter neben einem mitteldeutschen in Moskau" akkreditiert würde. Da man aber dann „die Fahnen der deutschen Einheit auf Halbmast" setzen müßte, riet Sethe für den Augenblick von deutsch-sowjetischen Gesprächen ganz ab[80].

Der ‚Spiegel' – nach Selbsteinschätzung das Sprachrohr „der Mehrheit der denkenden Menschen in diesem Land"[81] – wollte nur „dem Taxifahrer, dem Mann auf der Straße" die „Selbsttäuschung" erlauben, die möglich gewordene Reise Adenauers nach Moskau werde ein Erfolg der deutschen Diplomatie. Statt dessen erinnerte Rudolf Augstein an den Gang Heinrichs des IV. nach Canossa, ohne allerdings in der SPD eine Alternative zur Politik des Kanzlers zu sehen[82]. Die FDP dagegen erfreute sich steigender Wertschätzung in der Publizistik, je weiter sie sich vom Kurs Adenauers absetzte. Die Liberalen waren aber nicht die einzigen langjährigen Weggefährten des Kanzlers, die es kurz vor oder am Ziel des lange gemeinsamen Weges mit der – nationalen – Angst zu tun bekamen. Auch die anderen Kräfte auf der deutschen Rechten, bei den Vertriebenen und im Protestantismus, die Adenauer in der Fehleinschätzung gefolgt waren, er werde sie schon in absehbarer Frist zur deutschen Einheit führen können, begannen nun zu zweifeln. Denn in ihren Augen stellte die Westintegration allenfalls ein – mehr oder weniger lohnenswertes – Zwischenziel dar, das man erreicht haben mußte, um dann um so sichereren Schritts und in Eilmärschen auf das Endziel der Wiedervereinigung zusteuern zu können. Die Etappe Westintegration war jetzt erreicht, die Überwindung der deutschen Teilung lag aber – ganz anders als erhofft – nach wie vor in weiter Ferne.

Zu den heute ins Auge fallenden Eigentümlichkeiten der damaligen Diskussion zählt es, wie vergleichsweise selten noch Adenauer trotz alledem von der veröffentlichten Meinung auf die deutschlandpolitische Anklagebank gesetzt wurde. Lediglich im protestantischen Bereich schien die Arbeit der ‚Stimme der Gemeinde' einige Früchte getragen zu haben. Ansonsten war die wiedervereinigungspolitische Kritik – selbst bei Paul Sethe – recht wenig personalisiert. Gleichwohl bleibt festzuhalten, daß die nationalpolitischen Zweifel im Vergleich zu 1953 doch bohrender geworden waren. Welche Richtung sie nahmen, hing nicht zum mindesten vom Ausgang der Genfer Konferenz ab.

VII.

Der Genfer Gipfel der Großen Vier vom 18. bis 23. Juli 1955 war die erste Begegnung der Staats- und Regierungschefs der Siegermächte nach der Konferenz von Potsdam; er stand bereits ganz im Zeichen der Furcht der Atommächte vor einem Eskalieren der

[80] FAZ vom 2.5.1955.

[81] Der Spiegel vom 8.9.1954.

[82] Der Spiegel vom 22.6.1955. Die Sozialdemokratie habe „wieder einmal Angst vor ihrer doch wahrlich nicht umwerfenden Courage" und lehne „kurzerhand alles ab: die Pariser Verträge, die eine österreichische Lösung erst diskutabel gemacht" hätten, „den neutralen Gürtel (...) – alles, alles". In: Der Spiegel vom 1.6.1955.

Jahrgang 41 (1993), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

politischen Konflikte, das sie nun vor die Notwendigkeit stellen konnte, von den neuen Massenvernichtungswaffen Gebrauch machen zu müssen[83]. Ihr zunehmendes Streben nach Vereinbarungen über Rüstungskontrolle bekam deshalb immer stärkeres Gewicht als der Wunsch der Deutschen nach Wiedervereinigung. Nur nach außen hin dominierte noch einmal die deutsche Frage das Konferenzgeschehen, tatsächlich war sie bereits zu einer mehr oder weniger lästigen Randerscheinung in der Diskussion um die europäische Sicherheit herabgesunken. Chruschtschow blieb es vorbehalten, den neuen deutschlandpolitischen Sachverhalt auf der Rückreise von Genf in frappierender Offenheit auszusprechen. In seiner stark polemisch gehaltenen Rede auf einer Großkundgebung im östlichen Teil Berlins versicherte der 1. Sekretär der KPdSU, daß die deutsche Frage nicht auf Kosten der politischen und sozialen „Errungenschaften" der Werktätigen in der DDR gelöst werden könne, sondern am besten von den „zwei deutschen Staaten" selbst, da diese zweifelsohne den richtigen Weg für die Entwicklung Deutschlands wählen würden[84].

Die deutschlandpolitische Denkschule um Heinemann bemühte sich in den Wochen, die auf die Genfer Konferenz folgten, nach Kräften, „1955 als das Jahr der deutschen Tragödie in die Geschichte eingehen" zu lassen[85]. „Sehen wir endlich ein", fragte Heinemann, „daß 1952 eine entscheidende Chance verpaßt wurde?"[86] In pathetischen Worten, die er später immer wieder variierend aufgreifen sollte, gab auch Sethe seiner Sorge Ausdruck, es seien seit 1952 Chancen zur Wiedervereinigung verpaßt worden: „Bismarck hat einmal davon gesprochen, der Staatsmann müsse das Rauschen vernehmen, wenn das Schicksal vorüberschreite, und er müsse versuchen, einen Zipfel seines Gewandes zu erlangen. Seit dem 10. März, seit dem Rußland gezwungen wurde, die Herausgabe der Zone mindestens anzubieten, haben wir das Rauschen des Schicksals vernommen", aber „den Zipfel des Mantels nicht ergreifen können. Geht es nun an uns vorüber? Das ist der Alpdruck, der auf vielen nachdenklichen Deutschen liegt."[87]

---

[83] Auch die Sowjetunion war zwischenzeitlich in der Lage, die USA in deren eigenem Land nuklear zu bedrohen.

[84] Dokumente 1955, S. 227 ff.

[85] SdG vom 1. 8. 1955.

[86] "Wo bleibt nun die Wiedervereinigung?", in: SdG vom 15. 8. 1955. Nachdem „auch die Sowjets ... mittlerweile die Wasserstoffbomben" besäßen, sei die Politik der Stärke „festgefahren", ja „als Irrweg entlarvt". Dazu passe die in Genf vereinbarte „Zuziehung von Delegierten der Bundesrepublik und der DDR zur Oktoberkonferenz der Außenminister. (...) Der Abwertung der Bundesrepublik durch die Westmächte" entspreche also die Aufwertung der DDR. Das sei das Ergebnis von Adenauers Politik der Stärke.

[87] FAZ vom 23. 7. 1955; so bildete die Genfer Konferenz für Sethe den deutschlandpolitischen Rubikon, von dem aus kein Weg mehr zurück zu den Chancen des Jahres 1952 führte. Erst jetzt brach er ganz mit den „Propheten" einer Politik der Stärke, die durch überzogene Forderungen bewußt Verhandlungen unmöglich gemacht hätten. Die innere Zäsur im politischen Denken Sethes brachte ein äußerer Einschnitt, sein Ausscheiden aus der Redaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, sinnfällig zum Ausdruck. Vgl. hierzu Arnulf Baring, Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie, München/Wien 1969, S. 324.

Jahrgang 41 (1993), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das Murren, das nach der Genfer Konferenz vor allem aus den Reihen des Protestantismus an die Öffentlichkeit drang[88], zeigte, wie wenig die Konsequenzen der immer wieder offen vertretenen außenpolitischen Prioritätenliste Adenauers – Freiheit, Friede, Einheit – eigentlich begriffen worden waren. Denn es hatte stets in der öffentlich verkündeten Logik dieser Werte-Trias gelegen, die Einheit nicht um den Preis eines Risikos für die westdeutsche Freiheit anzustreben. Ganz offensichtlich verstellte jedoch ein nationaler Voluntarismus einem Teil der bundesdeutschen Gesellschaft den klaren Blick auf diesen – damals noch für fast alle schmerzlichen – Sachverhalt.

So blieb die These von den verpaßten Gelegenheiten im politischen Protestantismus, aber auch im ‚Spiegel' und der nationalliberalen Richtung der ‚Frankfurter Allgemeinen' nach wie vor präsent. Die andere Stömung in dieser Tageszeitung kam dem Kanzler jedoch ebenso entgegen[89] wie die übrigen großen meinungsbildenden Blätter, in denen die Chancen und Risiken der Moskaureise zudem oft stärker thematisiert wurden als die Zäsur der Genfer Konferenz. In bemerkenswertem Schulterschluß mit dem ‚Rheinischen Merkur'[90] äußerte sich die ‚Süddeutsche Zeitung': Chruschtschows Ost-Berliner Formel vom einem „einheitlichen, friedliebenden und demokratischen (deutschen) Staat" beseitige alle „Spekulationen auf eine Art von friedlicher Ko-Existenz zweier sozialer Systeme (...) innerhalb eines im äußerlichen Sinne wiedervereinigten Deutschlands". Offenbar lehne die Sowjetunion eine „mechanische Wiedervereinigung" ab, weil sie ihr mitteldeutsches „Faustpfand nicht aus der Hand geben" wolle[91].

So groß die Enttäuschung über den Ausgang der Genfer Juli-Konferenz war, so wenig bildete sie – sieht man von Sethe ab – eine strenge Wasserscheide für die deutschlandpolitische Grundstimmung der veröffentlichten Meinung[92]. Diese schlug durchaus nicht über Nacht vollständig um, sondern wandelte sich erst im Herbst des Jahres, als der Moskaubesuch Adenauers (9.–13. 9. 1955) und die Genfer Folgekonferenz der Außenminister die „Frustrationstoleranz" in Sachen Wiedervereinigung überstiegen.

Nach der Rückkehr der bundesdeutschen Verhandlungsdelegation aus der Sowjetunion hatte die Freude über die Entlassung der letzten zehntausend Kriegsgefangenen emotional zunächst noch schwerer gewogen als die deutschlandpolitischen Folgewirkungen des ebenfalls vereinbarten Botschafteraustauschs. Erst als einige Wochen später die Genfer Außenministerkonferenz nochmals die Unveränderbarkeit des mittel-

---

[88] Im evangelischen Bereich war es nicht nur die Stimme der Gemeinde und die ihr geistesverwandte Junge Kirche, die die „Beurteilung der Lage durch Dr. Heinemann und M. Niemöller und durch einige Sprecher der SPD" nach Genf „als die einzige Sichtweise" erwiesen sahen, „die die Tatsachen richtig erkennt". Selbst für das konservativere Sonntagsblatt stand nach dem „magere[n] Ergebnis von Genf" die Frage im Zentrum, „ob Gesamtdeutschland an den Westen angeschlossen bleiben soll". Man werde „gut tun, sich in Deutschland keine Illusionen zu machen, daß ohne einen Kompromiß hierüber die Wiedervereinigung Deutschlands nicht zu verwirklichen ist". Vgl. Junge Kirche (JK) 1955, S. 359, sowie Sonntagsblatt vom 31. 7. 1955.

[89] Vgl. die Artikel von Hans Baumgarten und Erich Dombrowski, in: FAZ vom 30. 7. bzw. 5. 8. 1955.

[90] RM vom 5. 8. 1955.

[91] SZ vom 28. 7. 1955.

[92] Vgl. Die Zeit vom 28. 7. 1955, Ostpreußenblatt (OPB) vom 30. 7. 1955, RM vom 29. 7. 1955.

Jahrgang 41 (1993), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

europäischen Status quo dokumentierte, gerieten die negativen deutschlandpolitischen Implikationen des bundesrepublikanisch-sowjetischen Botschafteraustauschs[93], ja die Aussichtslosigkeit aller nationalen Aspirationen überhaupt voll in den Blick.

Symptomatisch hierfür war die Debatte des Bundestages über den Ausgang der Genfer Außenministerkonferenz Anfang Dezember 1955. Namens der Sozialdemokraten kritisierte der Abgeordnete Ollenhauer „die grundlegende These der bisherigen Außenpolitik der Bundesregierung", daß „die Einbeziehung der Bundesrepublik in (die) NATO das wirksamste Mittel" sein, „die Sowjetunion zur Preisgabe der von ihr besetzten Zone Deutschlands zu zwingen". Diese These habe sich „als absolut irrig erwiesen", und deshalb könne „wohl heute niemand mehr ernsthaft bestreiten, daß es ein schwerer Fehler der Politik der Westmächte und der Bundesregierung gewesen ist, daß sie im Jahre 1952 nicht den Versuch unternommen" habe, die Möglichkeiten einer „für uns tragbaren Lösung der Frage der deutschen Einheit auf der Basis der Note der Sowjetunion" zu untersuchen[94].

Unmittelbar nach Ollenhauer griff Adenauer in die Debatte ein. Seine Replik ist ein aufschlußreiches Indiz für den Ende 1955 offenkundig noch recht geringen Reizwert der Stalin-Noten in der öffentlichen Diskussion. Mit keinem Wort ging der Kanzler auf den Vorwurf ein, 1952 seien Möglichkeiten ungenutzt geblieben, sondern beschränkte sich auf die Darlegung seines Begriffs von einer Politik der Stärke[95]. Auch von den wichtigen Deutschlandpolitikern der fünfziger Jahre wird dieses kurze Gastspiel der Stalin-Noten im Bundestag überhaupt nicht mehr erinnert[96]. Daß Wilhelm Grewe, damals Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes und einflußreicher Berater des Kanzlers, rückblickend eine Virulenz der Sowjetnoten erst im Sommer 1956 erkennt, wirft ein bezeichnendes Licht auf die Funktion der Zeit für das sich wandelnde Urteil über die Wiedervereinigungspolitik Adenauers.

Jedenfalls schien in Adenauers Außenpolitik, die sich bis 1955 dank ihrer europäischen Grundbestandteile so schwungvoll bewegt hatte, seit der Souveränitätserklärung ein starkes statisches Element hineingekommen zu sein. Den „Erwartungen im Hinblick auf Beweglichkeit und Dynamik, an denen liberalen Publizisten nun einmal gelegen ist"[97], entsprach der risikoscheue Kurs der Regierung deshalb zunehmend weniger. Aber auch die Liberalen in der bundesdeutschen Politik verlangte es nach dramatischeren deutschlandpolitischen Vorstößen, als der Kanzler sie bieten konnte. Gleichsam sachlogisch reihten sie sich nun nach dem Scheitern der Genfer Außenministerkonferenz endgültig in eine neue Phalanx von Adenauer-Gegnern ein und drängten – wie schon die SPD – unablässig auf Wiedervereinigungsinitiativen.

---

[93] Vgl. Schwarz, Gründerjahre, S. 278.
[94] Dokumente 1955, S. 762f.
[95] Ebenda, S. 772f.
[96] Vgl. die Rhöndorfer Gespräche über die Stalin-Note, in: Schwarz, Stalin-Note, bei denen lediglich das Jahr 1956 und die Debatte von 1958 immer wieder zur Sprache kommen.
[97] Schwarz, Gründerjahre, S. 313.

Jahrgang 41 (1993), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIII.

Im Streit um die nationale Glaubwürdigkeit der Adenauer-Regierung mußte das Verhalten der FDP einen hohen Stellenwert gewinnen; sie schien den Wunsch nach Wiedervereinigung von allen Bundestagsparteien am stärksten zu verkörpern, und sie war es auch, die die Kanzlerpolitik über weite Strecken am rechten Flügel abgeschirmt hatte, ohne ihrer nationalpolitischen Wächterfunktion etwa in der Saar-Frage entraten zu haben. So mochten die Freien Demokraten vielen als nachgerade prädestiniert erscheinen, Kritik an deutschlandpolitischen Fehlentwicklungen der Bonner Politik zu üben – Kritik, die im Gegensatz zu den notorischen Angriffen eines politisch erfolglosen Außenseiters wie Heinemann, dessen GVP 1953 weit unter der 5%-Hürde geblieben war, jedenfalls überall Gehör finden konnte. Lief aber die FDP Adenauer aus dem Ruder, dann würden sich die nationalpolitischen Zweifel verstärken, die im zweiten Halbjahr 1955 selbst im Regierungslager aufgekeimt waren. Der GB/BHE hatte bereits im Juli – unter Verlust seiner Ministerriege – die Koalition verlassen und steuerte einen aktionistischeren Kurs in Sachen Wiedervereinigung[98]. Ferdinand Friedensburg, Bundestagsabgeordneter vom Berliner Flügel der CDU, aber anders als Jakob Kaiser nicht in die Kabinettsdisziplin eingebunden, hatte öffentlich das Unbehagen der in besonderer Weise „Gesamtdeutschen" in der Union artikuliert und die nach der „tiefen Enttäuschung" von Genf „grausam enthüllte Konzeptionslosigkeit"[99] der Bonner Wiedervereinigungspolitik beklagt.

Die FDP nun knüpfte an ihre saarpolitische Linie an, die sich eben in diesen Monaten durch das Plebiszit des Saarlands für eine Rückkehr zu Deutschland glänzend bestätigt fand. Die Stationen der freidemokratischen Absetzbewegung – sie zogen sich durch das ganze Jahr 1955 – seien im folgenden kurz benannt; denn sie sind bei einem bloßen Blick auf die außenpolitische Oberfläche der Kontroversen zwischen Adenauer und der FDP nicht ganz verständlich. Zur Gärung bei den Freien Demokraten trug nämlich auch die Tiefe ihrer personalpolitischen Frustration bei[100], die sich aufgestaut hatte, weil der Kanzler die FDP-Fraktion bei der jüngsten Kabinettsumbildung nicht gebührend berücksichtigt hatte. Führende FDP-Politiker hatten im Juni 1955 auf die Portefeuilles eines Bundesaußen- oder -verteidigungsministers reflektiert, waren aber nicht zum Zuge gekommen. Die personellen Kontroversen spitzten sich zu, als die FDP im Herbst 1955 bei der Bildung eines Atomministeriums wiederum übergangen wurde.

---

[98] Hein Hoebink, Westdeutsche Wiedervereinigungspolitik 1949–1961, Meisenheim am Glan 1978, S. 118.

[99] FAZ vom 29. 7. 1955.

[100] Auch wenn dieser Ursachenstrang in der Studie Glatzeders, Deutschlandpolitik der FDP, sehr dünn bleibt, weil der Autor die entscheidende Phase des Koalitionsbruchs chronologisch unzusammenhängend darstellt.

Jahrgang 41 (1993), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der Koalitionskrise des Winters 1955/56 wird man indes nicht voll gerecht, wenn man sie allein auf die enttäuschten personellen Ambitionen einiger FDP-Funktionäre reduzierte, zu sehr schien in dieses Motiv der personalpolitischen Enttäuschung ehrliche nationalliberale Sorge um die Wiedervereinigung Deutschlands hineingemischt. Auch Adenauer hat die außenpolitischen Ursachen der Spannungen mit der FDP stets betont[101]. Noch war das Bemühen der FDP um eine „dritte Lösung" während der Österreich-Diskussion in frischer Erinnerung, als ihr Vorsitzender Dehler die aus Moskau heimkehrende Delegation der Bundesregierung mit den Worten begrüßte, es gebe keine Wiedervereinigung auf der Grundlage der Pariser Verträge, und hinzufügte, das direkte Gespräch mit der Sowjetunion sei wichtiger als die bevorstehende Genfer Außenministerkonferenz[102]. Daß er mit diesem Plädoyer im „krassesten Widerspruch" zur Regierungspolitik[103] die mindestens latenten Ängste der Westmächte vor einem neuen „Rapallo" schürte, schien Dehler billigend in Kauf zu nehmen. Zu allem hin begann er jetzt auch noch, sich von der „restlos gescheiterten" Europapolitik der „katholischen Staatsmänner" zu distanzieren[104].

Selbst ein Liberaler wie der verhinderte Außenminister-Kandidat August-Martin Euler, bis dato ein treuer Gefolgsmann des Kanzlers, kam nun mit dem kühnen Plan heraus, ein hochgerüstetes Westdeutschland solle die NATO verlassen, um als Gegenleistung die Wiedervereinigung zu erhalten[105]. „Wir werden (...) aufrüsten müssen", sekundierte ihm Adalbert Weinstein in der ‚Frankfurter Allgemeinen'[106]. Adenauer, der durch solche Rhetorik die Berechenbarkeit und das Ansehen seiner Politik im Ausland erschüttert sah, ersuchte die FDP noch vor der Aussprache des Bundestages über die Genfer Folgekonferenz ultimativ um Aufklärung hinsichtlich ihres künftigen außenpolitischen Kurses[107].

Das ziemlich geräuschlose Retirieren der Freien Demokraten konnte den Bruch der Koalition lediglich verzögern, aufzuhalten war er indes schon nicht mehr. Dies zeigte sich in der bald darauf hinzukommenden Auseinandersetzung um das sogenannte „Grabenwahlsystem", das, von der CDU/CSU zur Unzeit ins Spiel gebracht[108], die Abgeordnetenzahl der FDP im Bund zu halbieren drohte; es sollte aber nicht den Blick auf die tieferen Motivschichten der freidemokratischen Umorientierung verstellen, nämlich den – von Adenauer befürchteten – Versuch, die FDP doch noch „zur großen nationalen Rechtspartei zu machen"[109], den Wahlkampf 1957 mit nationalistischen Parolen gegen die CDU/CSU zu führen und sich durch Forderungen nach innerdeut-

[101] Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 75.
[102] Schwarz, Gründerjahre, S. 304.
[103] Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 69.
[104] Ebenda, S. 76.
[105] Ebenda, S. 79.
[106] FAZ vom 8.11.1955.
[107] AdG 25 (1955), S. 5492.
[108] Vgl. Mende, FDP, S. 97.
[109] Schwarz, Gründerjahre, S. 307.

Jahrgang 41 (1993), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen Gesprächen[110] einer SPD anzunähern, die ohnehin schon Verhandlungen mit der DDR zu enttabuisieren suchte.

Für 16 FDP-Bundestagsabgeordnete, die sich weigerten, an der „außenpolitischen Abenteuerfahrt (ihrer Partei) ins Blaue"[111] teilzunehmen, war dies Grund genug, die Fraktion zu verlassen – und sich mit der Gründung einer erfolglos bleibenden Freien Volkspartei politisch ins Abseits zu manövrieren. Durch diesen Aderlaß gingen die Freien Demokraten aber ihrer politischen Mitte verlustig und sahen sich vor die Notwendigkeit gestellt, mit ihren doch ganz unterschiedlich entwickelten Flügeln in ein und dieselbe Richtung abzuheben. Daß dies zunächst erstaunlich gut gelang, ist weniger paradox, als es auf den ersten Blick vielleicht anmutet. Denn zum einen diente Konrad Adenauer, den man nun – wenngleich nicht ganz zu Recht[112] – als gescheiterten Attentäter auf das Leben der FDP aufrichtig zu hassen begann, der Partei als „negative Integrationsfigur", zum anderen hatten die „Deutschnationalen" zu Beginn des Jahres 1956 endgültig mit der Außenpolitik des Kanzlers gebrochen, und insofern stand ihrer Kooperation mit den von jeher Adenauer-kritischen Linksliberalen gerade auf dem Felde der Deutschlandpolitik nichts mehr im Wege.

Die nationale Sammlung der beiden traditionellen Lager des deutschen Liberalismus wurde bereits durch den „Mende-Plan" der FDP Anfang März 1956 manifest. Das Papier schlug einen ost-westlichen Pakt kollektiver Sicherheit vor, dem ein wiedervereinigtes, bündnisfreies Deutschland angehören sollte und gab als Perspektive für die sowjetische Deutschlandpolitik optimistisch an, „durch die Verbundenheit Gesamtdeutschlands mit dem Westen sei zu erwarten, daß sich die Sowjetunion mit dem politischen Standort des wiedervereinigten Deutschlands abfinden werde"[113]. Solche Fehldeutungen des sowjetischen Kalküls begleiteten in der Folgezeit einen stramm nationalen Kurs der FDP in der Deutschlandfrage. Ihre Mitverantwortung für die Entwicklung der bundesrepublikanischen Außenpolitik verdrängte sie dabei nach Kräften, indem sie den Außenseiter von 1952, Karl Georg Pfleiderer, ex post zum Helden liberaler Wiedervereinigungspolitik stilisierte.

Bundesvorstand und Bundestagsfraktion der FDP schlossen im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung demonstrativ den erklärten nationalliberalen Adenauer-Kritiker Paul Sethe in ihre Arme. Sethes Referat vor den Freien Demokraten hinterließ bei diesen einen tiefen Eindruck[114] und bestätigte sie in ihrem Anliegen, „als Oppositionspartei durch eine erhöhte Aktivität in der Deutschlandfrage auf die anderen Parteien einzuwirken"[115]. Einen entsprechenden Beschluß hatte die FDP schon wenige Tage zuvor auf dem Würzburger Bundesparteitag am 20. und 21. April 1956 gefaßt. Der mit großer Mehrheit in seinem Amt bestätigte Bundesvorsitzende Dehler nahm dort eine Gene-

[110] Solche wurden etwa von dem nordrhein-westfälischen FDP-Politiker Middelhauve erhoben.
[111] Schwarz, Gründerjahre, S. 309.
[112] Vgl. ebenda, S. 312.
[113] Glatzeder, Deutschlandpolitik der FDP, S. 72.
[114] Mende, FDP, S. 110.
[115] Ebenda.

Jahrgang 41 (1993), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ralabrechnung mit Adenauer vor und warf ihm „Machtergreifung", „Gleichschaltung" und „Mißbrauch des Christentums" vor[116]. Er, Dehler, habe „den Worten Adenauers vertraut, daß dieser die Wiedervereinigung wolle. Aber sein Glaube" sei jetzt erschüttert[117]. Und bei der letzten Genfer Konferenz wollte Dehler im Kreise der Bonner Beobachterdelegation in Anwesenheit Brentanos Äußerungen gehört haben wie: „Die Konferenz muß platzen."[118]

Auf den groben Klotz der Dehlerschen Anschuldigungen setzte der ‚Rheinische Merkur' einen groben Keil und attestierte der FDP „zunehmende Gehirnsklerose"[119]. Näher am Sachverhalt kommentierten die ‚Frankfurter Allgemeine' und die ‚Zeit' den „Parteitag gegen Adenauer"[120]. Dessen herrschender Akzent sei eine „Anti-Adenauer-Stimmung" gewesen, wie man sie „so persönlich feindselig auch in den Reihen der SPD wohl nur selten" antreffe[121].

Das hohe Maß an Emotionalität, das Dehler zur Wiedervereinigungsdebatte beisteuerte, wurde gerade im benachbarten Ausland mit Sorge vermerkt. In einer über den Tag hinausgehenden Analyse der deutschlandpolitischen Diskussion in der Bundesrepublik kamen die ‚Baseler Nachrichten' zu dem Ergebnis, „etwas typisch Deutsches" werde derzeit betrieben: „Liebe zu etwas, das man nicht hat." Alle „irgendwie oppositionell eingestellten (...) Strömungen" bemächtigten sich des Begriffs der Wiedervereinigung und versuchten, „die Masse des Volkes in die Irrmeinung hineinzutrommeln, die nicht erreichte Wiedervereinigung sei das Ergebnis nicht benützter Gelegenheiten einer unfähigen Regierung und der (...) Bosheit des Westens". Wenn es so weitergehe, werde dieser Topos in einigen Jahren in der politischen Phraseologie der oppositionellen deutschen Parteien als „nationaler Mythos" eine zentrale Rolle spielen[122]. Adenauer griff diese prophetische Warnung sofort auf, baute sie in seine Rede vor dem Stuttgarter CDU-Bundesparteitag Ende April 1956 ein und betonte, daß die Einheit nur für die Deutschen, nicht aber für die anderen Völker „eine Frage des Gefühls" sei. Er halte es für „ganz falsch", der Bundesregierung mangelnde Pflichterfüllung in der Wiedervereinigungsfrage vorzuwerfen, da dies im Ausland zur Furcht vor dem „Wiedererwachen eines nationalen Mythos in der Bundesrepublik" führe[123].

Die Rede Adenauers schien indessen ungehört zu verhallen. Weiten Teilen der deutschen Publizistik fiel es nach den ereignisreichen Jahren bis 1955 immer schwerer, das plötzliche Stagnieren der deutschen Frage zu verwinden. Kein Silberstreif etwa in Gestalt einer großen internationalen Deutschlandkonferenz zeigte sich am Horizont. Statt dessen türmten sich Gewitterwolken auf, als der französische Ministerpräsident

---

[116] Wolfgang Benz/Günter Plum/ Werner Röder, Einheit der Nation. Diskussionen und Konzeptionen zur Deutschlandpolitik der großen Parteien seit 1945, Stuttgart 1978, S. 61.

[117] FAZ vom 21. 4. 1956.

[118] SZ vom 21./22. 4. 1956; vgl. auch GR vom 27. 4. 1956.

[119] RM vom 27. 4. 1956.

[120] FAZ vom 23. 4. 1956.

[121] Die Zeit vom 26. 4. 1956.

[122] Baseler Nachrichten, zit. nach FAZ vom 27.4. 1956.

[123] FAZ vom 30. 4. 1956.

Jahrgang 41 (1993), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mollet eine Priorität der Wiedervereinigung vor der Abrüstung ablehnte[124]. Selbst bei der – erst recht nach Sethes Abgang – weithin als offiziös geltenden ‚Frankfurter Allgemeinen Zeitung' nahm nun das Verständnis für die deutschlandpolitische Behutsamkeit des Kanzlers zusehends ab[125].

Wegen der Freimütigkeit, mit der nicht nur französische, sondern auch britische Politiker die „Möglichkeit einer deutschen Wiedervereinigung in voraussehbarer Zukunft" verneinten[126], sah Heinemann einmal mehr die „Stunde der Wahrheit" in der Deutschlandpolitik gekommen. Selbst eine militärische Neutralisierung Deutschlands werde kaum noch zur Wiedervereinigung führen, denn seit Genf sei „die Sorge der Sowjets vor deutschen Soldaten" zu deutlich geschwunden. „Es wird die historische Schuld Dr. Adenauers bleiben", insistierte Heinemann auf seiner alten These, daß die Bundesregierung 1952 das sowjetische Angebot „in den Wind geschlagen" habe[127].

Selbst wenn nicht alle Medien so hart mit Adenauer ins Gericht gingen – die deutschlandpolitische Stimmungslage war in der Tat noch nie so ernst wie in diesem Frühjahr 1956[128]; und vor allem: der Gemütszustand der Presse schlug diesmal direkt auf die Stimmung der Bevölkerung durch. Die Popularitätskurve des Kanzlers fiel.

Als auch noch der FDP-Abgeordnete Erich Mende die Vorwürfe britischer Parlamentarier aufgriff, der Bundeskanzler habe sie bei der ersten Genfer Konferenz daran gehindert, den Edenschen Wiedervereinigungsvorschlag einer entspannten militärischen Zone weiterzuverfolgen, sah sich Kanzlerberater Wilhelm G. Grewe schließlich veranlaßt, öffentlich Gegenposition zu beziehen. Er trat allerdings nicht nur der „heillose(n) Verwirrung über den Inhalt der Genfer Vorschläge Edens"[129], sondern auch einem Mißverständnis der Stalin-Noten entgegen. „Zuweilen gewinnt man den Eindruck", beschrieb Grewe die deutschlandpolitische „Legendenbildung" bezüglich der „verpaßten Gelegenheiten" von 1952, „daß sich in vielen deutschen Köpfen Vorstellungen dieser Art festzusetzen beginnen – so, als handle es sich um eine von allen kundigen Beobachtern selbstverständlich geteilte Auffassung, die keiner Prüfung und keines Beweises mehr bedürftig sei"[130]. In der Situationsanalyse Grewes vom August 1956 sind also die Sommermonate dieses Jahres – vor dem Hintergrund eines deutschlandpolitischen Stimmungstiefs, das auch Adenauers Popularität in Mitleidenschaft zog – als eine starke Wurzel für die Legende von den verpaßten Gelegenheiten festzu-

[124] FAZ vom 3.4. 1956; Dokumente, III. Reihe, Band 2, 1956, Bonn/Berlin 1963, S. 229 ff.

[125] Vgl. FAZ vom 19.6. 1956.

[126] Aus Anlaß der traditionellen deutsch-englischen Gespräche zu Königswinter; SdG vom 1.5. 1956.

[127] Ebenda.

[128] Dies gilt für Christ und Welt und das Sonntagsblatt ebenso wie für die Süddeutsche Zeitung, den Spiegel oder die Frankfurter Allgemeine Zeitung. Stellvertretend für alle sei aus einem Artikel der Zeit zur Jahreswende 1955 zitiert: „Das Wort Wiedervereinigung ist aschgrau geworden, wie Mehltau oder Schimmelpilz. Mancher mag es kaum noch hören. Über dem Gerede von der Wiedervereinigung haben viele vergessen, daß Deutschland geteilt ist!" Die Zeit vom 29.12. 1955.

[129] Bulletin der Bundesregierung vom 16.8. 1956; Grewes Aufsatz war vorher anonym in der Zeitschrift Die politische Meinung 3 (1956), S. 9–15, erschienen.

[130] Ebenda, S. 9.

Jahrgang 41 (1993), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

halten. Freilich dürfte sich die Lage einem engen politischen Vertrauten des Kanzlers, wie Grewe, etwas dramatischer dargestellt haben, als sie realiter gewesen ist. Denn die publizistischen Breitseiten eines Paul Sethe waren durch politische Entwicklungen in Polen noch einmal dergestalt in ihrer Wirkung abgeschwächt worden, daß sie jedenfalls nicht das Fanal zu einer großangelegten parlamentarischen Generaloffensive abgaben, wie sie für die Bundestagsdebatte des 29. Juni 1956 eigentlich erwartet worden war. Zufrieden konstatierte der ‚Rheinische Merkur', „die wochenlang zusammengescharrten Argumente" der Opposition aus SPD, FDP und BHE seien in der Nacht vor der Debatte „in den Straßen Posens zertreten worden"[131].

IX.

Die von besorgten Mitlebenden wie Grewe schon im August 1956 ausgemachten Ansätze zu einer deutschlandpolitischen Legendenbildung gegen Adenauer lassen es geraten erscheinen, dem Termin des später als legendenbildend apostrophierten Sethe-Buches „Zwischen Bonn und Moskau" besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Denn Sethes Werk, publiziert im November 1956, konnte im Sommer 1956 noch von niemandem gekannt werden, und es konnte insofern mit Sicherheit auch keinen entscheidenden, ersten Beitrag zur Legendenbildung leisten.

Daß es in der Reminiszenz der Akteure eine solche Bedeutung erlangt hat, ist sachlich schwer zu begründen, da sein einziges Novum darin bestand, die Ebene des Zeitungsjournalismus verlassen und nun erstmals die Vorwürfe gegen Adenauers Notenpolitik von 1952 in gebundener Form dargestellt zu haben. Baß erstaunt über den Inhalt des vorgelegten Buches konnte eigentlich nur sein, wer Sethes Leitartikel seit 1952, und vor allem nach der Genfer Juli-Konferenz von 1955, nicht regelmäßig verfolgt hatte. Denn daß Sethes erstes politisches Buch – ganz der Wiedervereinigungsfrage gewidmet – auch zu einer Anthologie seiner großen deutschlandpolitischen Aufsätze und damit zu einem Angriff gegen Adenauers Politik geraten würde, lag in der Natur der Sache.

Einmal mehr verstrickte sich Sethe auch in einen Grundwiderspruch, wenn er zwar einräumte, es „konnte damals so wenig erwiesen werden wie heute", ob das sowjetische Angebot „ehrlich gemeint war"[132], dann aber an späterer Stelle apodiktisch resümierte, wir hätten 1952 eine „Sternstunde für Deutschland (...) verstreichen lassen", da Deutschland der Sowjetunion gegenüber damals in einer „unvergleichlich günstigen Lage" gewesen sei[133].

Die Wirkungen, die „Zwischen Bonn und Moskau" in der Retrospektive einiger Deutschlandpolitiker zugesprochen wurden, hat es faktisch nicht gezeitigt. Man mag darüber streiten, ob man schon dem Jahr zwischen der Genfer Juli-Konferenz von

[131] RM vom 6.7.1956.
[132] Paul Sethe, Zwischen Bonn und Moskau, Frankfurt a.M. 1956, S. 47.
[133] Ebenda, S. 146.

Jahrgang 41 (1993), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1955 und Grewes Aufsatz im „Bulletin" der Bundesregierung vom August 1956 legendenbildende Kraft zuschreiben kann; Sethes Buch jedenfalls hat die Legende nicht geboren[134], sondern allenfalls ihr Wurzelwerk gestärkt. Auch die gewiß nicht gering zu veranschlagende Möglichkeit, seine deutschlandpolitische Kritik vor dem überparteilichen „Kuratorium Unteilbares Deutschland" auszubreiten[135], verdankte Sethe nicht in erster Linie der Publikation „Zwischen Bonn und Moskau", sondern seinem Ruf als einem der bedeutendsten wiedervereinigungspolitischen Leitartikler der jungen Bundesrepublik.

Gegen eine durch Sethes Buch vermittelte Zäsur in der Entstehungsgeschichte der Legende sprechen auch Qualität und Quantität der zeitgenössischen Rezensionen. Der größte Teil der Presse nahm überhaupt nicht Notiz von der ersten größeren politischen Abhandlung Sethes[136]; wurde „Zwischen Bonn und Moskau" freilich besprochen, dann geschah dies meist seitens der altgedienten Protagonisten der Legende – und es geschah in einer äußerst wohlwollenden Form. „Zwischen Bonn und Moskau" beeindruckte aber auch die ‚Süddeutsche Zeitung', bei der Sethe mit seinen wiedervereinigungspolitischen Zweifeln am Konzept der westlichen Stärke schon offene Türen einrannte: „Die Aspekte der Weltpolitik" hätten sich im Gefolge der sowjetischen Wasserstoffbombenexplosion vom 12. August 1953 „grundlegend gewandelt". Zu einem frontalen Angriff auf Adenauer, dessen Politik, „jedenfalls bis in die vorjüngste Zeit, im Einklang mit der Mehrheit des Volkes"[137] gestanden habe, kam es indes weder in der Rezension der ‚Süddeutschen' noch in der der ‚Zeit', wo Sethes Betrachtungen ebenfalls eine überraschend warme Aufnahme fanden: Die „binsenwahren Tabus" des Buches, d. h. Binsenweisheiten, die zugleich Tabus sind, seien bezeichnend für die wiedervereinigungspolitische Diskussion in Westdeutschland und verdienten, „von vielen gelesen zu werden". Auch die Deutschen sollten die Dinge künftig „im hellen, wenn auch kalten Licht der Staatsraison" betrachten, um den der Sowjetunion zu zahlenden „Preis" der Wiedervereinigung zu erfahren und um zuzulassen, „daß aus Tabus Binsenweisheiten" würden[138].

Trotz der freundlichen Rezensionen in ‚Zeit' und ‚Süddeutscher Zeitung' bedeutete „Zwischen Bonn und Moskau" aufs Ganze gesehen keinen entscheidenden Schub für die Stalin-Noten-Legende[139]. Denn der dramatische Volksaufstand in Ungarn, der am 11. November – Sethes Schrift war gerade im Druck – der militärischen Übermacht der UdSSR erlag, nahm den entspannungspolitischen Konzeptionen Sethes den Wind aus den Segeln[140]. Im deutschlandpolitisch empfindlichen protestantischen Bereich

[134] Vgl. Graml, Die Legende, S. 341; hier wird die gegenteilige These vertreten.

[135] Die Zeit vom 22. 11. 1956.

[136] Dies gilt für so unterschiedliche Blätter wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung und den Spiegel, Christ und Welt und den Rheinischen Merkur, das Sonntagsblatt oder die Vertriebenenpresse, in denen sich Ende 1956 keine Besprechung des Setheschen Buches fand.

[137] Richard Thillenius in der SZ vom 22. 11. 1956.

[138] Gösta von Uexküll in der Zeit vom 22. 11. 1956.

[139] Auch Leserbriefe waren im Gefolge der Rezensionen kaum zu verzeichnen.

[140] Mit Genugtuung blickte der Rheinische Merkur später auf diesen Sachverhalt zurück: „Paul Sethe

Jahrgang 41 (1993), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

etwa machte ein Wort von Landesbischof Lilje die Runde, daß die „Theologie der Abrüstung", wie sie von bestimmten kirchlichen Gruppen vertreten werde, durch das Verhalten der Sowjets in Ungarn einen ziemlichen Stoß erhalten habe[141]. Den deutschlandpolitischen Angriffen der „Abrüstungstheologen" um Heinemann blieb infolgedessen auch nach Sethes Buch der entscheidende Durchbruch versagt.

Das außenpolitische Ereignis der ungarischen Revolution hatte die Geburt der Legende noch einmal verzögert. Denn auch in der Bundesrepublik folgte ein rapider Kursverfall der Entspannungsaktien, die seit dem Auftakt der Entstalinisierung im Februar 1956 teils kräftig haussiert hatten. Zwar knüpften sich manche Hoffnungen an eine nach den Ereignissen in Polen und Ungarn zu erwartende Erosion des sowjetischen Satellitengürtels, doch war bald evident, daß die SED nun den Gefahren innerdeutscher Kontakte für die eigene Herrschaft ein höheres Gewicht beimaß als dem Ausbau jener Gespräche, die 1956 vor allem zwischen LDPD und FDP geführt worden waren.

Als die Adenauer-Regierung im April 1957 auch noch daran ging, die Bundeswehr mit atomaren Waffen auszurüsten, sollte dies nicht nur die deutsch-sowjetischen Beziehungen erheblich belasten, sondern auch den erbitterten Widerstand der ganz auf Entspannung, deutsch-sowjetischen Dialog und Abrüstung gestimmten deutschen Linken herausfordern. Da diese immer noch an die kurz- oder mittelfristige Möglichkeit einer Wiedervereinigung durch Neutralisierung glaubte, war ihr nicht einsichtig zu machen, weshalb der Faden des Gesprächs mit Moskau zugunsten der militärischen Gleichrangigkeit der Bundesrepublik mit Frankreich und England aufgegeben werden sollte, zumal diese tiefere Motivschicht der damaligen Sicherheitspolitik des Kanzlers natürlich nicht coram publico enthüllt und damit argumentativ wirksam werden konnte. Die Unruhe, die sich daraufhin großer Teile der Medien und des Bildungsbürgertums bemächtigte, stand indes in einem deutlichen Gegensatz zu der gelassen-zufriedenen Grundstimmung der breiten Massen, wie sie sich in der Bundestagswahl 1957 dann so drastisch artikulierte.

X.

Zu „lebhaftem Wahlgeplänkel" kam es 1957 in Folge des Vorwurfs der FDP, Adenauer fördere „eine Gruppe von Gegnern der Wiedervereinigung", die „die von Bismarck überkommene deutsche Staatseinheit" zu verhindern suchten[142]. Im Hintergrund der Auseinandersetzung stand die Juni-Ausgabe der Vierteljahresschrift ‚Neues Abendland', die – versehen mit einem Vorwort Adenauers – auch durch das Bundespresseamt versandt worden war. Der Chefredakteur des ‚Rheinischen Merkur', Otto Roegele,

hatte Autorenpech: als sein Thesenbuch im Druck war, rollten die Sowjetpanzer durch Budapest." RM vom 31.1.1958.

[141] Vgl. SdG vom 1.12.1956.

[142] SZ vom 20.8.1957.

Jahrgang 41 (1993), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hatte darin – im Blick auf Heinemanns Eintritt in die SPD – von einem Wahlbündnis geschrieben, das zwischen den Sozialisten und jenen „wenigen, aber lautstarken Repräsentanten eines gewissen politischen Protestantismus" zustande gekommen sei[143]. Letzterer würde die „Gefahren einer Wiedervereinigung um jeden Preis" gering achten, weil sein Denken in konfessionellen Besitzständen eingefroren sei und er gerne die evangelische Zwei-Drittel-Mehrheit Deutschlands wiederherstellen möchte.

Im Zentralorgan der FDP machte deren stellvertretender Vorsitzender Walter Döring nun aus den „wenigen, aber lautstarken Repräsentanten eines gewissen Protestantismus" die „verantwortungsbewußte Haltung der evangelischen Kirche in der Frage der Einheit"[144], gegen die Roegele völlig zu Unrecht polemisiere. Außenminister von Brentano, als Kuratoriumsmitglied der „Abendländischen Akademie"[145] ins Schußfeld geraten, griff Döring daraufhin massiv an und forderte „diesen Burschen", der „bei Goebbels gelernt" habe, dazu auf, seine „schmutzigen Finger aus der Politik heraus(zu)lassen"[146].

Im Lager des linken Nationalneutralismus war man dennoch überzeugt, daß Adenauer im ‚Neuen Abendland' „gleichsam von einem Freund seiner Politik nachgesagt" worden sei, die Wiedervereinigung gar nicht zu wollen. Die CDU habe den „schweren Vorwurf" der FDP, die Errichtung eines kleineuropäisch-abendländischen Reiches „zum Behufe der Gegenreformation mit politischen Mitteln" der Wiedervereinigung vorzuziehen, in zahlreichen Wahlversammlungen unwidersprochen auf sich sitzen lassen[147].

Die Redner der Union hatten tatsächlich strikte Anweisung erhalten, die Freien Demokraten mit Mißachtung zu strafen und ihre Angriffe nur auf die SPD zu richten[148]. So fand die Affäre um das ‚Neue Abendland' in den Printmedien nur wenig Beachtung, und auch das Kalkül der FDP, „durch romantische Rückwendung zu Bismarck und durch eine überholte Konzeption nationalstaatlicher Politik ihren Anhang zu verstärken"[149], sollte nicht aufgehen. Von Anfang an hatte es der FDP-Wahlkampfstrategie an Bündigkeit gefehlt. Thomas Dehler mußte im Januar des Wahljahres – nach einigen skandalträchtigen öffentlichen Auftritten[150] – den Stuhl des Bundesvorsitzenden räumen[151]. Sein Nachfolger war sichtlich bemüht, den ostpolitischen Tatendrang der Düsseldorfer „Jungtürken" und Dehlers in ruhigere Bahnen zu lenken, schon um eine spä-

[143] Vgl. RM vom 23. 8. 1957, GR vom 6. 9. 1957.

[144] Das Freie Wort vom 16. 8. 1957.

[145] Die Akademie stand hinter der Zeitschrift Neues Abendland.

[146] Die Welt vom 13. 9. 1957.

[147] GR vom 20. 9. 1957.

[148] Schwarz, Gründerjahre, S. 367f.

[149] Neue Zürcher Zeitung, zit. nach: RM vom 20. 9. 1957.

[150] Vgl. Mende, FDP, S. 118. Bei dem angesichts der sowjetischen Invasion in Ungarn nur von wenigen Politikern besuchten Bundespresseball am 4. 11. 1956 etwa hatte sich Dehler bis in die frühen Morgenstunden hinein im Kreise der „Miß Welt" vergnügt und diesem Fauxpas bei der Bundestagsdebatte über die ungarische Revolution eine unglückliche Rede folgen lassen.

[151] Zu den Gründen für Dehlers Ablösung zählten auch die Zweifel mancher Freidemokraten, ob es klug wäre, sich in der Person Dehlers auf eine Koalition mit der SPD festzulegen.

Jahrgang 41 (1993), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tere Koalitionsbildung mit der CDU/CSU nicht von vornherein auszuschließen. Obgleich dem neuen FDP-Vorsitzenden Reinhold Maier dies mehr schlecht als recht gelang, wurde so immerhin den wiedervereinigungspolitischen Attacken der Nationalliberalen die Stoßkraft genommen.

Da an der Wiedervereinigungspolitik des Kanzlers nur wenige Bundesbürger etwas auszusetzen fanden[152], konnte auch die SPD kaum Kapital aus der deutschlandpolitischen Windstille der damaligen Zeit schlagen und stagnierte bei 30 % der Stimmen. Adenauers Wahlkampfslogan „Keine Experimente" kam auch in puncto Deutschlandpolitik der weitverbreiteten Grundstimmung einer ganz auf materielle und außenpolitische Sicherheit bedachten Bevölkerung sehr viel mehr entgegen als das sozialdemokratische Monitum, wer CDU/CSU wähle, riskiere die „endgültige Spaltung unseres Vaterlandes"[153].

Die Stalin-Offerte von 1952 spielte im Wahlkampf der SPD praktisch keine Rolle. Eine wenige Tage vor der Bundestagswahl lancierte Sowjetnote hatte den russischen Vorschlag von 1952 zwar nochmals öffentlich in Erinnerung gebracht[154], doch war sie von den Wahlrednern der großen Parteien einmütig abgelehnt worden[155]. Moskau sei, kommentierte Hans Zehrer in der ‚Welt', „nur an einem Ulbricht-Deutschland interessiert", ein „Ollenhauer-Deutschland" sei ihm „genauso gleichgültig (...) wie ein Adenauer-Deutschland"[156].

Auch Gustav Heinemann, der mit seinen rund 1 Million Anhängern zur SPD übergewechselt war, vermochte den Ausgang der Wahlen nicht entscheidend zuungunsten der Union zu beeinflussen. Für die Selbstauflösung der GVP im Mai 1957 und die Kandidatur ihrer Spitzenfunktionäre auf der Bundestagsliste der SPD waren nicht allein taktische Motive ausschlaggebend gewesen. Gewiß wollten die linken Nationalneutralisten dadurch auch die Hürde der 5 %-Klausel umgehen, doch war ihnen dieser Weg nur deshalb möglich, weil sich die SPD mittlerweile den deutschlandpolitischen Vorstellungen der GVP so weit angenähert hatte, daß ein getrenntes Marschieren nicht länger ratsam schien. Zudem spekulierte man darauf, noch bestehende Entfremdungen zwischen SPD und Kirche über den Transmissionsriemen GVP zu überwinden und vermittels der Kandidatur des praktizierenden Christen Heinemann der Sozialdemokratie ein neues Wählerreservoir vor allem im evangelischen Bereich zu erschließen[157].

„Die evangelischen Staatsbürger", so ließ sich Heinemann in der ‚Stimme der Gemeinde' vernehmen, stünden „in wachsendem Maße vor der Frage, was die Katholisierung der CDU (...) für sie bedeutet". Darüber hinaus werde die CDU „mit ihrem Anspruch, christliche Politik zu betreiben, zugleich aber den Weg zu den Massenver-

[152] Bei einer im Spiegel veröffentlichten demoskopischen Erhebung vom Sommer 1957 waren nur 4 Prozent der Befragten mit der Wiedervereinigungspolitik Adenauers unzufrieden; vgl. Der Spiegel vom 14. 8. 1957. Vgl. auch „Das Stimmungsbarometer im Juli 1957" in der Welt vom 3. 9. 1957.

[153] Die Welt vom 16. 8. 1957.

[154] Vgl. Dokumente, III. Reihe, Band 3, 1957, Bonn/Berlin 1967, S. 1570.

[155] Die Welt vom 10. 9. 1957.

[156] Ebenda.

[157] Vgl. Koch, Heinemann, S. 485.

Jahrgang 41 (1993), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nichtungswaffen offenzuhalten, in eine schwere Krise geraten" – und ohnehin werde ihr die Geschichte „einmal nachsagen, daß sie im Banne der Illusionen dazu beitrug, die Vorschläge der Sowjetunion vom März 1952 und Januar 1955 auszuschlagen"[158].

XI.

Bei der Bundestagsdebatte über die Atombewaffnung der Bundesrepublik am 23. Januar 1958 griff der SPD-Fraktionsvorsitzende Ollenhauer Heinemanns bekannte Argumentation auf und behauptete, „daß es auch die bedauerliche Folge der einseitigen Politik der militärischen Aufrüstung ist, daß gewisse ernsthafte, bessere Verständigungs- und Verhandlungsmöglichkeiten bis zurück in das Jahr 1952 heute nicht mehr so einfach gegeben sind"[159]. Und Thomas Dehler, der gegen Mitternacht in die Debatte eingriff, wandte sich „bleich, bald vornübergeneigt, bald hinter dem Rednerpult zurückweichend", an den Bundeskanzler und rief erregt gestikulierend und auf Adenauer zeigend, in den Saal: „Glauben Sie, daß dieser Mann den Willen hat, die deutsche Einheit herbeizuführen?"[160]

Um den rhetorischen Charakter seiner Frage zu belegen, erinnerte der FDP-Abgeordnete daran, was in seinen Augen Stalin damals „am 10. März 1952 (...) dem deutschen Volke (...) an Verhandlungsmöglichkeiten" angeboten habe, „gesamtdeutsche freie Wahlen unter Vier-Mächte-Kontrolle, Bewaffnung des wiedervereinigten Deutschlands – von 300 000 Mann war die Rede"; auf den Einwurf des CSU-Abgeordneten Richard Stücklen hin, daß er, Dehler, doch 1952 selbst Mitglied der Regierung gewesen sei, bekannte der frühere Justizminister freimütig, sich dessen zu schämen und Heinemann „wegen seines Mutes" zu beneiden. Dieser habe als CDU'ler „seine Pappenheimer" besser gekannt, während er, als „gläubiger Thomas", „am Ende ein kleiner Mann" gewesen sei, der dachte, „was dieser große, geniale Staatsmann (Adenauer) uns sagt, sei richtig"[161]. Dabei habe dem Kanzler der Wille gefehlt, „das Mögliche zu tun, eine Chance zu ergreifen"[162].

Unter „anhaltend großer Unruhe" führte Dehler einen leidenschaftlichen Indizienprozeß gegen die Politik der Adenauer-Regierung, wobei er vor allem deren Haltung

---

[158] SdG vom 15. 9. 1957.

[159] Vgl. Dokumente, III. Reihe, Band 4, 1958, Bonn/Berlin 1969, S. 265.

[160] Ebenda, S. 387.

[161] Ebenda.

[162] Die Behauptung, Adenauer habe die Wiedervereinigung nicht gewollt, stand auch Mitte der 1980er Jahre im Zentrum einer wissenschaftlichen und publizistischen Diskussion, die vor allem von Rolf Steininger und Josef Foschepoth entfacht wurde. Deren Perspektiven und Methoden sind allerdings auf berechtigte Kritik gestoßen. Vgl. Rudolf Morsey, Die Deutschlandpolitik Adenauers: Alte Thesen und neue Fakten, Opladen 1991. Besonders seltsam berührte dabei, daß ausgerechnet Wissenschaftler, die zur Zweistaatlichkeit Deutschlands keine Alternative sahen – so Josef Foschepoth, Adenauer und die Deutsche Frage, Göttingen 1988 –, am vehementesten gegen Adenauers Politik von 1952 zu Felde zogen.

Jahrgang 41 (1993), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zur Bindungsklausel im Deutschlandvertrag und zum Eden-Plan ins Treffen führte. Zu allem hin habe Adenauer ein Vorwort zu jener bekannten Ausgabe des ‚Neuen Abendlandes' geschrieben, in der „das Bestreben nach der deutschen Einheit lächerlich gemacht" und ein „ganz anderes Ideal aufgerichtet" worden sei: „es ist das Ideal, daß diese Bundesrepublik die Lösung ist, daß sie uns gerade recht ist, diese katholisch bestimmte und gebundene Bundesrepublik!"[163]

Außenminister von Brentano versäumte es, in seiner Replik auf die Vorwürfe Dehlers inhaltlich näher einzugehen, sondern beschränkte sich auf eine kurze formale Gegenrede. Damit nahm er allerdings in Kauf, daß die Argumente Dehlers in der Sache unwidersprochen im Raume stehen blieben. Noch konnte freilich auch niemand wissen, daß es Heinemann – gleich nach Brentano zu Worte kommend – in so geschickter Weise verstehen würde, Salz in die Wunden zu streuen, die Dehler der Adenauer-Regierung geschlagen hatte.

In einer wohlpräparierten zeitgeschichtlichen Rede versuchte Heinemann, der Beweiskette des Freien Demokraten noch einige Glieder hinzuzufügen. Das begann mit der mangelnden Hilfe, die Adenauer der bedrängten Ost-CDU Jakob Kaisers im Jahre 1947 habe angedeihen lassen[164], schloß des Kanzlers Verhalten 1952 mit ein und nahm hier in Sonderheit Adenauers „Parole": „Zuerst freie Wahlen" aufs Korn. Denn „zu sagen ‚zuerst' – das mußte genau den Weg zu diesen Wahlen verschließen"[165].

Die Abgeordneten der Union ließen Heinemanns Anklagen „wie gelähmt über sich ergehen"[166]. Ihr Fraktionsvorsitzender Krone begnügte sich mit einer kurzen Kritik am Stil der Ausführungen Heinemanns und Dehlers[167]. Lediglich Hermann Höcherl von der CSU entwickelte etwas ausführlicher seine Sicht der Dinge des Jahres 1952. Aber auch Höcherl vermochte die Scharte nicht mehr auszuwetzen. Seine Rede wurde „selbst von den eigenen Parteifreunden als nicht sonderlich eindrucksvoll" empfunden[168]. Und so ist denn viel gerätselt worden[169] über die Gründe für die „Stumpfheit" und die „Reaktionslosigkeit" der führenden Regierungspartei[170] bei dieser legendären Nachtsitzung des Deutschen Bundestages[171].

---

[163] Dokumente 1958, S. 395.
[164] Ebenda, S. 404.
[165] Ebenda, S. 402.
[166] SZ vom 25./26. 1. 1958.
[167] Dokumente 1958, S. 411.
[168] SZ vom 31. 1. 1958.
[169] Vgl. die Ausführungen Eugen Gerstenmaiers bei den Rhöndorfer Gesprächen, in: Schwarz, Stalin-Note, S. 53.
[170] So urteilte etwa der RM vom 31. 1. 1958.
[171] Vgl. Schwarz, Stalin-Note, S. 96. Kurt Georg Kiesinger lieferte eine Erklärung für die erstaunliche Passivität der CDU/CSU; „innerlich kochend", habe er damals zu Adenauer gesagt: „Herr Bundeskanzler, hier kann nur einer antworten, das sind Sie, nicht irgendeiner von uns, Sie müssen jetzt hinauf; wenn Sie es nicht wollen, bin ich bereit hinaufzugehen, aber ich muß Ihnen sagen, in manchen Punkten kenne ich nicht alle Fakten. (...) Adenauer sagte ganz kategorisch: Nein, gehen Sie nicht hinauf; lassen Sie es heute, wir antworten dann später."

Jahrgang 41 (1993), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das Echo, das der Vorgang in den Medien der Bundesrepublik fand, war gewaltig. Extrablätter, ganzseitige Ausschnitte aus den Reden Dehlers und Heinemanns, Sonderseiten über die historische Entwicklung der Deutschlandfrage und vor allem über den Inhalt der Stalin-Noten kennzeichneten die westdeutsche Presselandschaft. Wochenlang füllten zeitgeschichtliche Analysen der Wiedervereinigungspolitik Adenauers die Zeilen der publizistischen Kommentare[172].

Selbst in den der Union nahestehenden Zeitungen wurde nicht geleugnet, daß die Regierungsfraktion eine parlamentarische Niederlage erlitten habe[173], weil sie „in kritischen Augenblicken" über keine kaltblütigen und umsichtigen Debattenredner verfüge[174]. Welche Wirkungen dies – gerade im protestantischen Bereich – zeitigte, konnte man bald den „Anmerkungen" Hanns Liljes im evangelischen ‚Sonntagsblatt' entnehmen. Lilje hielt Heinemann zugute, „daß das, was er sagte, nicht aus politischen Zweckmäßigkeitserwägungen, sondern aus dem Gebot seines Gewissens entsprang". Die Repliken der Union seien „matt" gewesen[175].

„Diese sensationelle Demonstration von Irrtum und Schuld", so resümierte der ‚Spiegel' in seiner Titelgeschichte, „wirkte auf Millionen am Radio mithörender Bundesbürger umso entlarvender, als sie von einem Mann dargeboten wurde, der im engsten Kanzlerkreis Zeuge gewesen war, wie Adenauer den rechten Weg verfehlte". Dehler habe sozusagen als „intimer Kenner geheimer Staatsgeschäfte" ins Mikrofon gesprochen[176]. Für den ‚Spiegel' galt es nun als ausgemacht, daß „der deutsche Bundeskanzler (durch seine Westpolitik der Jahre 1952 bis 1954/55) die Spaltung unterschrieben" habe. Daß sich tatsächlich etwas Spektakuläres im Bundestag ereignet hatte, konnte man auch daran ablesen, daß selbst ‚Bild am Sonntag' mit einer politischen Schlagzeile aufmachte und die Frage stellte, ob „die Bundesregierung in den vergangenen sechs Jahren entscheidende Chancen verpaßt habe?"[177].

Zwar hatte die Legende von den verpaßten Gelegenheiten Wurzeln bis in das Jahr 1956 hinein, als Adenauer schon von einem deutschlandpolitischen Mythos und Grewe von einer drohenden Legendenbildung sprachen, aber ihr fehlte die Kraft des Auskeimens solange, bis die Debatte des Deutschen Bundestages im Januar 1958 einen geeigneten Nährboden schuf. Jetzt erstmals wurde landauf, landab – und auch im benachbarten Ausland – darüber räsoniert, ob denn nun die Chance von 1952 eine Legende sei, und, wenn ja, ob diese sich als eine – ex post die Realität verklärende – Fehleinschätzung der deutschlandpolitischen Möglichkeiten der Bundesrepublik in der Meinung einer breiteren Bevölkerung würde festsetzen können. Die Parole hatte im übrigen der Unionsabgeordnete Kiesling noch während der Rede Dehlers im Bundestag – in Form eines Zwischenrufs – ausgegeben: „Das ist nicht Geschichte, das ist Ge-

[172] Vgl. etwa FAZ vom 27. 1. 1958; Fränkisches Volksblatt vom 25. 1. 1958; CuW vom 30. 1. 1958.
[173] RM vom 31. 1. 1958.
[174] FAZ vom 29. 1. 1958.
[175] Sonntagsblatt vom 2. 2. 1958.
[176] Der Spiegel vom 5. 2. 1958.
[177] Bild am Sonntag, zit. nach: GR vom 31. 1. 1958.

Jahrgang 41 (1993), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schichtsklitterung, was Sie machen! (...) Ihr Ziel ist hier heute abend eine neue Dolchstoßlegende!"[178]

Die Sozialdemokraten erkannten rasch, daß es den „Anfangserfolg Heinemanns" auszubauen gelte, und beschlossen noch am Tag nach der großen Debatte spontan eine „Welle des Widerstandes gegen den Atomtod"[179]. Außerdem wollten sie dafür sorgen, daß die Bundestagserkärung Heinemanns durch eine Unzahl von Flugschriften und Tonbandübertragungen verbreitet würde. Zu allem hin entwickelte sich Heinemann selbst zu einem der gefragtesten Versammlungsredner der SPD und ließ kaum eine Gelegenheit aus, um in den folgenden Wochen seine Vorwürfe gegen Adenauers Politik zu erneuern[180].

Die Freien Demokraten hielten ihren Düsseldorfer Landesparteitag im Februar 1958 ganz „im Zeichen Dehlers". Bundestagsabgeordneter Döring diffamierte Adenauers deutschlandpolitisches Konzept als seit dem Ersten Weltkrieg durchgehaltenen „Separatismus". Die Union, so referierte er unwidersprochen[181], lebe „von der Spaltung Deutschlands und könnte bei einer Wiedervereinigung ihre beherrschende Rolle als Staatspartei verlieren"[182].

Daß sich der Eindruck, es seien 1952 Chancen zur Wiedervereinigung verpaßt worden, nun festsetzen konnte, lag wohl auch an den schwierigen internationalen Rahmenbedingungen des Jahres 1958, die den Bonner Bewegungsspielraum in der Wiedervereinigungsfrage eng begrenzt hielten. Moskau drängte unentwegt auf innerdeutsche Gespräche, um, wie es schien, die völkerrechtliche Anerkennung seines mitteldeutschen Satelliten zu befördern. Außenpolitisch sprachen – nach dem Erfolg des sowjetischen Sputnik-Unternehmens – „alle Anzeichen dafür, daß sich die Sowjetunion unter einem impulsiven neuen Alleinherrscher (...) auf einem Kurs weltweiter Expansion befand"[183].

Viel Beachtung fand damals Gerstenmaiers Vorschlag, vor der Durchführung freier Wahlen den politischen Status Gesamtdeutschlands zu klären[184] und über einen Friedensvertrag zu verhandeln. Denn damit kam der führende Unionspolitiker doch stark in die Nähe der Sozialdemokraten. Der Kanzler jedenfalls war entsetzt. Zu dem „perspektivelosen Gewurstel"[185] der Bonner Deutschlandpolitik im Jahr 1958 trug er allerdings selbst bei, indem er im März – wenn auch hinter den Kulissen – bei den Sowjets eine Österreich-Lösung für die DDR sondierte, die indes angesichts der erstarkten Position Ulbrichts und der skizzierten Generallinie der russischen Außenpolitik auf wenig Gegenliebe in Moskau stieß. Zu dem Österreich-Plan war Adenauer durch den

[178] Dokumente 1958, S. 388.
[179] Der Spiegel vom 5. 2. 1958.
[180] Vgl. RM vom 7. 3. 1958 und Die Welt vom 12. 2. 1958.
[181] Sonntagsblatt vom 16. 2. 1958.
[182] GR vom 14. 2. 1958.
[183] Hans-Peter Schwarz, Die Ära Adenauer, Epochenwechsel 1957–1963, Stuttgart/Wiesbaden 1983, S. 58.
[184] SZ vom 6. 2. 1958; Die Welt vom 20. 2. 1958.
[185] Schwarz, Epochenwechsel, S. 66.

Jahrgang 41 (1993), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zunehmenden Mangel an politischer Freiheit in der DDR[186] ebenso bewogen worden wie durch den mißlichen Ausgang der Bundestagsdebatte. Er „erkannte genau, mit welcher Erbarmungslosigkeit er auch künftig auf seine geschichtliche Verantwortung in der Wiedervereinigungsfrage angesprochen werden würde. Wollte er nun mit dieser sehr weitgehenden Sondierung sich selbst vergewissern, daß er nichts, aber auch gar nichts versäumt hatte?"[187]

In den Zusammenhang des Adenauerschen Österreich-Plans für die DDR ist wohl auch die vielbeachtete Rede zu stellen, die der Bonner Redakteur des ‚Rheinischen Merkur', Paul Wilhelm Wenger, am 20. April 1958 vor dem Parteitag der nordbadischen CDU in Tauberbischofsheim hielt[188]. Wenger sprach sich dort nachdrücklich gegen den Gedanken einer nationalstaatlichen Wiedervereinigung im Sinne des Bismarckschen Reiches aus[189]; vielmehr sollten Mittel- und Ostdeutschland zusammen mit Polen eine Art östliche Montan-Union bilden.

Wengers Rede und ihre beifällige Aufnahme durch den Bezirksparteitag der CDU entfachten einen ungeheuren Sturm der Entrüstung, weit über den Südwesten Deutschlands hinaus. Nicht nur die großen überregionalen Blätter, sondern gerade auch jene – in unterschiedlicher Akzentuierung – national orientierten Zeitungen, die von der zurückliegenden Nachtdebatte des Bundestages wenig Notiz genommen[190] bzw. sie als vorwiegend persönlich motivierten Rachefeldzug Dehlers und Heinemanns abgetan hatten[191], waren nun des Entsetzens über Wenger – und die CDU – voll. Das ‚Ostpreußenblatt' etwa sah in Wengers Idee, „Ostdeutschland in einer Art Union mit Polen" zu verbinden, den „Rekord frevelhafter Verzichtpolitik"[192].

„Wir haben noch die turbulente Januardebatte (...) im Ohr", zog ‚Christ und Welt' das Fazit aus der Wenger-Rede: „Jetzt erntet ein Redner den widerspruchslosen Beifall eines CDU-Landesparteitages, wenn er genau das als ‚Zukunftskonzeption' ausbreitet, was vor vier Monaten als Verleumdung (Heinemanns und Dehlers) gebrandmarkt worden war." Dies müsse den Kampf der Exil-CDU und der Evangelischen gegen die „perfide Unterstellung", sie seien nur „Werkzeuge einer ultramontan-separatistischen Verschwörung", erheblich erschweren, ja könne sogar „das Gefüge der CDU (...) sprengen"[193].

Aber vor allem den (publizistischen) Freunden Heinemanns und Dehlers und den Oppositionsparteien kam die ganze Affäre wie gerufen[194]. In der FDP forderte man

---

186 Kirchenkampf, Reisebeschränkungen etc.

187 Vgl. Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Entspannung und Wiedervereinigung. Deutschlandpolitische Vorstellungen Konrad Adenauers 1955–1958, Stuttgart/Zürich 1979, S. 36.

188 Auszüge aus der Rede in: RM vom 2.5. 1958.

189 CuW vom 24.4. 1958.

190 Etwa das Ostpreußenblatt oder die Deutsche Soldatenzeitung.

191 CuW sowie Nation Europa.

192 OPB vom 3.5. 1958.

193 CuW vom 24.4. 1958.

194 Seine heftige Kritik an der Tauberbischofsheimer Rede beschloß Paul Sethe mit der Frage, wieviel Leute es wohl „unter den Freunden Wengers geben" möge, die genauso dächten wie er, „die nur ein

Jahrgang 41 (1993), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ein Vorgehen gegen Wenger wegen Hoch- und Landesverrates, während die SPD Wengers Rede auf den Punkt brachte, indem sie sie als Beweis ihrer – und Dehlers – Januar-Thesen wertete, daß die Bundesregierung die Wiedervereinigung Deutschlands „nicht ernsthaft" wolle[195].

XII.

Die Genesis der Legende von den verpaßten Gelegenheiten stellt sich wesentlich komplexer dar als bislang vermutet. Sethes vielfach in ihrer Bedeutung überschätzte Schrift „Zwischen Bonn und Moskau" vom November 1956 war lediglich der Seismograph, der die deutschlandpolitischen Erschütterungen von Ende 1955 bis Mitte 1956 aufzeichnete; sie war indes nicht deren Ursache und steht insofern auch nicht am Anfang der Legende. Gleichwohl sind Sethes Positionen charakteristisch für den Wandel der deutschlandpolitischen Grundstimmung in der Publizistik der fünfziger Jahre. Denn auch deren Damaskus hieß Genf, wenngleich sie nicht schon abrupt nach dem Gipfel im Sommer 1955 – wie bei Sethe –, sondern erst nach dem Genfer Folgetreffen Ende des Jahres endgültig umschlug und die letzten Hoffnungen auf eine baldige Wiedervereinigung fahren ließ. Wenige Monate später, im Sommer 1956, nach Diskussionen über die Wiedervereinigungsskepsis westlicher Politiker und aufgrund des neuen Kurses der oppositionell gewordenen FDP, mündete dieser Strom der veröffentlichten Meinung in eine – demoskopisch belegte[196] – große Vertrauenskrise der Adenauer-Regierung. Ganz offensichtlich hatten bedeutende Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland Adenauers Westkurs mit vor allem nationalen Wünschen begleitet. Sie sahen sich zunehmend ihrer Hoffnungen beraubt, als die Westverträge nicht schon kurzfristig zu Erfolgen in der Wiedervereinigungspolitik führten.

Der angesichts des Bundestagswahlergebnisses von 1957 zunächst widersprüchliche demoskopische Befund einer hohen Relevanz der Wiedervereinigung bei gleichzeitig ermittelter geringer, spezifisch deutschlandpolitischer Problemlösungskompetenz der Unionsparteien gewinnt an Aussagekraft, wenn man ein weiteres Umfrageergebnis hinzunimmt: noch wichtiger als die Einheit Deutschlands war den Bundesbürgern nämlich die „Sicherheit vor den Russen"[197]. Hierin, im geschicktesten Eingehen auf den breiten antikommunistischen Grundkonsens der jungen Republik, lag Adenauers Erfolg mitbegründet. Und anders wäre es ihm wohl kaum gelungen, nach der schwe-

---

wenig schlauer" seien und die Zeit noch nicht für gekommen hielten, ihre Meinung so offen zu bekennen. Die Welt vom 25. 4. 1958; vgl. auch JK (1958), S. 275 ff.

[195] Die Zeit vom 1. 5. 1958.

[196] Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann, Die Verklärung. Adenauer und die öffentliche Meinung 1949–1976, in: Konrad Adenauer und seine Zeit, hrsg. von Dieter Blumenwitz/Klaus Gotto/Hans Maier u. a., Bd. II. Stuttgart 1976, S. 523–554, hier S. 539 und S. 531.

[197] Ebenda, S. 530.

Jahrgang 41 (1993), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ren (deutschland-) politischen Malaise des Jahres 1956 eine weitere Bundestagswahl so haushoch zu gewinnen.

Zwar führte die große Bundestagsdebatte 1958 zu einer gewissen Polarisierung der deutschlandpolitischen Diskussion[198], doch konnte davon die CDU zunächst sogar mehr profitieren als die Sozialdemokratie. Widersprechen diese für die CDU überraschend günstigen demoskopischen Zahlen vom Februar 1958 aber nicht der These von einem entscheidenden parlamentarischen Einbruch der Union während der Nachtdebatte des Bundestages, und spricht dies nicht auch gegen die Ansicht, daß Anfang 1958 die Legende geboren wurde? Zunächst ja, doch gehört es eben nicht zu den Kriterien einer Legende, daß sie unbedingt von einer relativen oder absoluten Mehrheit der Bürger bereits verinnerlicht ist, vielmehr reicht es hin, daß ihre Formeln einen wichtigen Platz in der politischen Diskussion einnehmen und beispielsweise im Februar 1958 27 % der Befragten meinten: „Wir könnten mit der Wiedervereinigung schon viel weiter sein, wenn Adenauer in den vergangenen Jahren auf die russischen Vorschläge mehr eingegangen wäre."[199]

Noch in anderer Hinsicht ist das demoskopische Material in unserem Erklärungszusammenhang recht hilfreich, legitimiert es doch den Begriff von der Stalin-Noten-Legende zusätzlich dadurch, daß in der Zeitspanne zwischen 1952 und 1954 „bei aller Breite, mit der die zeitgeschichtlichen Themen abgedeckt" wurden[200], im Allensbacher Archiv keine Frage nach einer von Adenauer vertanen Chance zur Wiedervereinigung zu finden ist. Erst unmittelbar nach den Bundestagsreden Dehlers und Heinemanns taucht – weil „jetzt viel darüber gesprochen wird"[201] – die Frage auf, „ob Adenauer genug für die Wiedervereinigung getan hat"[202]. Und im Januar 1959 wird – kurz nach dem Chruschtschowschen Berlin-Ultimatum – direkt nach einer „versäumten Gelegenheit" geforscht[203].

Aber erst im Juni 1963, als Adenauer Jahre nach dem Mauerbau und den deutschlandpolitischen Einbrüchen der zweiten Berlin-Krise seinen Rücktritt erklärte, erschien das Thema der „verpaßten Chance" explizit – Stellungnahmen pro und contra erheischend – in einer Allensbacher Repräsentativumfrage. Nun zeigte sich auch, daß die Legende „bereits voll ausgewachsen" war[204], ihre kurze Adoleszenz hinter sich hatte und von fast der Hälfte der erwachsenen Bevölkerung gekannt, wenn auch nicht durchweg geglaubt wurde.

Eine Zusammenschau der vorliegenden Umfragen beschreibt die Wachstumskurve der Legende; während etwa im Februar 1958 noch 50 % der Ansicht waren, „Adenauer

---

198 Die Zahl der Unentschiedenen bzw. keinen Unterschied zwischen SPD und CDU erkennen können-den nimmt von 62 auf 52 Prozent ab; ebenda, S. 539.

199 Elisabeth Noelle/Erich-Peter Neumann, Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958–1964, Allensbach 1965, S. 485.

200 Noelle-Neumann, Verklärung, S. 525.

201 Noelle/Neumann, Jahrbuch, S. 485.

202 Ebenda.

203 Ebenda, S. 496.

204 Noelle-Neumann, Verklärung, S. 526.

Jahrgang 41 (1993), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

konnte nicht mehr tun", waren im April 1959 davon noch 45 % überzeugt[205], und im Juni 1963 glaubten nurmehr 32 %, daß 1952 keine Chance verpaßt wurde. Aus alldem ergibt sich, daß wir den Beginn des Jahres 1958 als das Geburtsdatum der Legende festhalten und ihr zugleich ein rasches Wachstum auf dem Nährboden der Berlin-Krise attestieren dürfen. Dabei gilt es jedoch auch, die Tauberbischofsheimer Rede Paul Wilhelm Wengers vom April 1958 stärker in den Blick zu nehmen. Sie erst hat namentlich in den Bereichen der Protestanten und Vertriebenen die Skepsis gegen Adenauers Deutschlandpolitik entscheidend verstärkt. Die Dämme freilich, über die sich die Flut der Wenger-Rede ergießen konnte, hatten im Januar 1958 andere – nämlich Dehler und Heinemann – eingerissen.

Schon im Sommer 1956 war indes zu erkennen gewesen, daß die Bereitschaft – zunächst der Publizistik –, in den Stalin-Noten eine vertane Chance zu sehen, peu à peu zunahm, je mehr die Aussicht auf eine baldige Wiedervereinigung schwand. Insofern spiegelte der sich allmählich herausbildende Stalin-Noten-Mythos nur die wachsende Frustration wider, die sich der Deutschlandpolitiker ab Mitte der fünfziger Jahre bemächtigte. Jedenfalls wird man die Ergebnisse der Gramlschen Analyse über das Jahr 1952 hinaus bis mindestens Anfang 1955 fortschreiben dürfen; der größere Teil der Redakteure und Journalisten und somit der veröffentlichten Meinung teilte, unabhängig vom Grad seiner nationalen Orientierung, die Denkvoraussetzungen Adenauers, also Antikommunismus und Streben nach Sekurität[206] – und war insofern unempfänglich für alle eindeutig neutralistischen Konzepte der kleinen deutschlandpolitischen Fundamentalopposition um Heinemann.

An der Legende von den verpaßten Gelegenheiten hat dieser ohne Zweifel die ältesten Rechte. Dann kam lange nichts, und erst dann sind Thomas Dehler und Paul Sethe und – mit weiteren Einschränkungen – Rudolf Augstein[207] zu nennen. Vom GVP-Außenseiter zum honorigen SPD-Parlamentarier avanciert, schien Heinemann als geradlinigster Adenauer-Gegner der SPD endlich auch ein klares deutschlandpolitisches Profil geben zu können und profitierte seinerseits von der Stoßkraft der deutschen Sozialdemokratie. Diese bedeutete eine maßgebliche Verstärkung für den linken Flügel jener Zangenbewegung, in der die wiedervereinigungspolitische Legendenbildung erfolgte; vorher rekrutierten sich Heinemanns Bataillone überwiegend nur aus den zahlenmäßig kleinen, meist linksintellektuellen Kreisen der evangelischen Kirche. Aber auch der Druck von rechts, wo seit 1955 die nationalliberale FDP unter Dehler angegriffen hatte, wurde 1958 noch größer. Denn der Zweifel, ob die Union wirklich „mit ganzem Herzen" nach der deutschen Einheit strebe, erhielt durch Wengers Tauberbischofsheimer Europa-Rede namentlich in den Reihen der Soldaten- und Vertriebenenverbände neue Nahrung.

---

[205] Noelle/Neumann, Jahrbuch, S. 485.

[206] Die von Hans-Peter Schwarz beschriebene „publizistische Subkultur" der Hamburger Blätter war in den 50er Jahren – gerade hinsichtlich der eher liberal-konservativen Zeit – durchaus noch kein einheitliches Phänomen; Rhöndorfer Gespräche, Bd. 5, S. 12.

[207] Dessen Argumentation im Spiegel war immer wieder von Phasen unterbrochen, wo er vor allem die sowjetische Politik kritisierte und ihr die moralische Schuld an der Teilung gab.

Jahrgang 41 (1993), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Erschwerend hinzu kamen die sprunghaft gestiegenen Bedenken in den evangelischen Teilen der Union selbst, aber auch bei der Exil-CDU, wo sich bis zur Wiedervereinigung ein gewisses Unbehagen an der Politik Adenauers von 1952 gehalten hat[208]. Eine neue, infame „Dolchstoßlegende" indes, die das Klima der innenpolitischen Auseinandersetzung nachhaltig vergiftet hätte, ist aus dem Mythos der Stalin-Noten nicht entstanden, konnte nicht entstehen, weil die Deutschen wohl gelernt hatten, sich von nationalistischen Sirenenklängen nicht mehr verführen zu lassen; Adenauer blieb also eine Kriminalisierung als „deutschlandpolitischer Märzverbrecher" erspart. Doch hat die Stalin-Noten-Legende zweifelsohne die Glaubwürdigkeit der Union in Sachen Wiedervereinigung beschädigt und wohl zumindest unterschwellig die Akzeptanz der „neuen", sozialliberalen Ostpolitik befördert[209].

[208] Vgl. Johann Baptist Gradl, in: Rhöndorfer Gespräche, Bd. 5, S. 46 f. Gradl wies darauf hin, daß er und seine Freunde „jedenfalls (...) nie von verpaßten Chancen gesprochen" hätten, sondern lediglich der Meinung wären und seien, „daß die Probe nicht gemacht worden ist".

[209] Für diese Vermutung spricht auch die Tatsache, daß sich etwa Bundeskanzler Willy Brandt während der Debatte um die Ostverträge 1971 des Topos vom historischen Versagen Adenauers bei der Wiedervereinigung bediente und ihm anläßlich des 10. Jahrestages des Mauerbaus öffentlich eine Mitschuld an diesem Vorgang unterstellte. Vgl. Hanns Jürgen Küsters, Adenauer und Brandt in der Berlin-Krise 1958–1963, in: VfZ 40 (1992), S. 483.

Jahrgang 41 (1993), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte